

SOZIAL INFO



2/2015

Urteile	2
SGB II	
Alg II-Bewilligungsbescheid verbessert	11
DV-Empfehlungen: Übernahme von Miet- und Stromschulden	11
DV-Empfehlungen: Erwerbsintegration von Alleinerziehenden	11
Online Formulare Alg II in vielen Sprachen erklärt	11
EuGH Generanwalt zum Alg II-Leistungsausschluss für Ausländer	12
Unterkunftskosten bei Auszubildenden	12
Aufstocker überproportional häufig überschuldet	13
SGB III	
Immer weniger Selbständige gegen Arbeitslosigkeit versichert	13
Assistierte Ausbildung	13
Sonstige Rechtsgebiete	
Rentenerhöhung zum 01.07.2015	14
Höhere Pfändungsfreigrenzen für Arbeitseinkommen ab Juli 2015	14
Neue Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen ab 2016	14
Gesundheitsleistungen für Asylbewerber	15
Girokonto für jeden EU-Bürger kommt	15
Diskussion	
Konzepte gegen Langzeitarbeitslosigkeit	16
Grünbuch Arbeiten 4.0	16
Experten für Reform der Arbeitsförderung	17
Aktuelles	
Tacheles sorgt für mehr Transparenz bei den Sozialbehörden	17
Analysen	
IAQ der Uni Duisburg/Essen: Auf Dauer Hartz IV?	18
IAB/Bertelsmann Stiftung: Kinder- und Familienarmut	19
Links	
Rezension: Albrecht Brühl - Was Jobcenter (sich) leisten	20
Rezension: SGB II / SGB X - Textausgabe vom Boorberg-Verlag	20
In eigener Sache	
AZD 2014: Kompetente Beratung wird stark nachgefragt	22
Einrichtungen stellen sich vor	
DRK Düsseldorf: Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer	24



Nachweis der Hilfebedürftigkeit nach Hausverkauf

Der Antragsteller auf Leistungen nach dem SGB II trägt die Vortrags- und Beweislast dafür, dass ihm ein einmal zugeflossener Vermögenswert nicht mehr zur Verfügung steht. Macht der Antragsteller bezüglich des Hausverkaufs sowie zum Erhalt und Verbrauch des Kaufpreises irreführende sowie unvollständige und widersprüchliche Angaben, so ist eine Hilfebedürftigkeit nicht plausibel bzw. glaubhaft gemacht. Dementsprechend ist das Jobcenter nicht verpflichtet, dem Antragsteller vorläufig Leistungen zu gewähren.

Im entschiedenen Fall ist der Antragsteller selbstständig tätig und gibt an, in seinem Unternehmen (Verkauf von Tennisartikeln und Besaiten von Tennisschlägern) keinen Gewinn zu erzielen. Erstmals hatte der Antragsteller im August 2013 die Gewährung von Grundsicherungsleistungen beantragt. Da er zu diesem Zeitpunkt noch Eigentümer eines als Vermögen anzurechnenden Einfamilienhauses war, wurde dieser Antrag abgelehnt. In der Folgezeit verkaufte der Antragsteller das Einfamilienhaus, ließ sich jedoch ein lebenslanges Wohnrecht an der in der ersten Etage gelegenen Zweizimmerwohnung einräumen. Den Kaufpreis in Höhe von 45.500,- EUR erhielt er in drei Raten im Zeitraum von Dezember 2013 bis Februar 2014.

Im März 2014 beantragte der Antragsteller erneut die Gewährung von Grundsicherungsleistungen. Er gab u.a. an, er habe sich aus dem Erlös des Hausverkaufs ein Auto gekauft, sein Girokonto ausgeglichen und Schulden bezahlt und die Kosten eines Urlaubsaufenthaltes auf den Philippinen bestritten. Er habe auf den Philippinen geheiratet und die Hochzeit sowie die anschließende Hochzeitsreise finanziert. Inzwischen habe er wieder Schulden und stünde mit drei Monatsmieten im Rückstand. Das LSG hat wie auch die Vorinstanz und das Jobcenter die Leistungsgewährung wegen fehlender Hilfebedürftigkeit abgelehnt.

LSG Niedersachsen-Bremen, Beschluss vom 12.01.2015, L 11 AS 1310/14 B ER

Häufung von Meldeterminen

Eine „Einladungsdichte“ von 7 Meldeaufforderungen innerhalb von 8 Wochen ist nicht grundsätzlich rechtswidrig. Es ist jedoch zu beachten, dass eine Meldeaufforderung und ihre Ausgestaltung im Ermessen des Jobcenters steht. Den sich daraus ergebenden Anforderungen (vgl. § 54 Abs. 2 Satz 2 SGG) hinsichtlich der Grenzen und des Zwecks des Ermessens, vorliegend also insbesondere die Unterstützung einer Eingliederung der betreffenden Person in das Erwerbsleben nach § 1 Abs. 2 SGB II, werden sieben gleichlautende Meldeaufforderungen nicht gerecht. Zumindest nach der dritten gleichlautenden Meldeaufforderung mit demselben Ergebnis der Nichtwahrnehmung des Termins hätte das Jobcenter nicht in der bisherigen Weise fortfahren dürfen. Die auf diesen weiteren Meldeaufforderungen beruhenden Bescheide über die Feststellung eines Meldeversäumnisses und einer Minderung sind rechtswidrig.

BSG, Urteil vom 29.04.2015, B 14 AS 19/14 R



Einkommensanrechnung: unbillige Härte

Zuwendungen, die ein anderer erbringt, ohne hierzu eine rechtliche oder sittliche Pflicht zu haben, sind nicht als Einkommen zu berücksichtigen, soweit ihre Berücksichtigung für die Leistungsberechtigten grob unbillig wäre (§ 11a Abs. 5 SGB II). Ein Beispiel für eine derartige unbillige Härte hat das SG Reutlingen anerkannt.

Im entschiedenen Fall bezog die Klägerin Alg II, wobei das Jobcenter aber nur die angemessenen KdU anerkannt hatte. Die tatsächlichen KdU lagen um 190 EUR monatlich darüber. Wenige Monate vor Bezug der Altersrente erhielt die Klägerin von ihrer Tochter 250 EUR überwiesen. Das Jobcenter forderte daraufhin 220 EUR zurück.

Das SG gab der Klage der Alg II-Berechtigten jedoch statt. Es habe sich

Automatisierter Datenabgleich rechtmäßig

§ 52 Abs. 1 Nr. 3 SGB II enthält eine gesetzliche Grundlage im Sinne der datenschutzrechtlichen Regelungen im SGB I und SGB X, die den Eingriff in den Schutzbereich des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung rechtfertigt, weil sie dem Gebot der Normenklarheit und dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit genügt.

Datenabgleiche mit dem Bundeszentralamt für Steuern auf der Grundlage dieser Regelungen verstoßen auch nicht gegen den verfassungsrechtlichen Grundsatz der Verhältnismäßigkeit. Sie dienen der Prüfung der Hilfebedürftigkeit nach dem SGB II bzw. der Vermeidung des Leistungsmissbrauchs und damit einem Gemeinwohlbelang, dem nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts eine erhebliche Bedeutung zukommt. Der Abgleich ist auch geeignet, erforderlich und angemessen, die beschriebenen Zwecke zu erreichen.

BSG, Urteil vom 24.04.2015, B 4 AS 39/14 R

um eine einmalige Zuwendung der Tochter gehandelt, um der Klägerin über eine akute Notsituation bis zum Monatsende hinweg zu helfen. Diese habe zum Zeitpunkt der Überweisung über keinen finanziellen Spielraum mehr verfügt und eine Kontoüberziehung sei von ihrer Bank nicht akzeptiert worden. Zudem habe die Klägerin seit Jahren wegen der nicht vollständig übernommenen Unterkunftskosten äußerst bescheiden leben müssen, sodass die einmalige Unterstützung der Tochter nicht zur Erlangung eines über die Grundsicherung hinausgehenden Lebensstandards geführt habe. Vor diesem Hintergrund erscheine die leistungsmindernde Berücksichtigung der Zuwendung als übermäßig hart.

SG Reutlingen, Urteil vom 13.10.2014, S 7 AS 2735/13

Anrechnung von nachgezahltem Arbeitsentgelt

Eine Nachzahlung von Arbeitsentgelt ist nicht als einmalige, sondern als laufende Einnahme zu beurteilen.

Laufende Einnahmen sind solche, die auf demselben Rechtsgrund beruhen und regelmäßig zu erbringen sind oder zu erbringen wären. Bei einmaligen Einnahmen erschöpft sich das Geschehen in einer einzigen Leistung. Wenn Einnahmen aus ihrem Rechtsgrund heraus regelmäßig zu erbringen sind, ändert sich ihr Charakter als laufende Einnahme nicht dadurch, dass sie, aus welchen Gründen auch immer, dem Berechtigten zeitweise ganz oder teilweise vorenthalten und erst später in einem Betrag nachgezahlt werden. Ohne Bedeutung ist es für die Abgrenzung auch, ob das Rechtsverhältnis, auf dem die Zahlung beruht, zum Zeitpunkt der Zahlung noch bestanden hat oder

schon beendet war. Denn auch dies ändert den Charakter der Zahlung als eine auf einem einheitlichen Rechtsgrund beruhende und an sich regelmäßig zu erbringende Einnahme nicht.

BSG, Urteil vom 24.04.2015, B 4 AS 32/14 R

Anmerkung:

Das BSG korrigiert mit seiner Entscheidung nicht nur die Rechtsansicht der BA, sondern auch die der Vorinstanzen. Die praktische Bedeutung hängt mit der unterschiedlichen Anrechnung von laufendem und einmaligem Einkommen zusammen. In einem Monat anrechenbare laufende Einnahmen, die höher sind, als der Alg II-Anspruch, werden im Folgemonat zu Vermögen und sind dann i.d.R.

über die Vermögensfreibeträge geschützt. Einmalige Einnahmen, durch deren Anrechnung in einem Monat die Hilfebedürftigkeit entfallen würde, werden hingegen gleichmäßig auf einen Zeitraum von sechs Monaten aufgeteilt, unabhängig davon, ob dann für diesen Zeitraum Hilfebedürftigkeit entfällt oder nicht (§ 11 Abs. 3 Satz 3 SGB III). Die Bewertung einer Einnahme als laufendes Einkommen ist für Betroffene daher in der Regel günstiger.

Da das Recht von den Jobcentern in der Vergangenheit in Fällen der Anrechnung einer Nachzahlung aus einem laufenden Anspruch regelmäßig falsch angewendet wurde, können Betroffene nun Überprüfungsanträge (§ 44 SGB X) stellen, die bis auf den 01.01.2014 zurückwirken können.

Einkommensanrechnung



1. Werden nach vorläufiger Bewilligung von Leistungen auf Basis des zu erwartenden Durchschnittseinkommens Leistungen nunmehr endgültig festgesetzt, kann dieser Festsetzung niemals der Durchschnitt des im Bewilligungszeitraum tatsächlich erzielten Einkommens zugrunde gelegt werden; hierfür existiert keine Rechtsgrundlage. Es ist immer das im jeweiligen Monat erzielte Einkommen zu berücksichtigen. Einzig in dem Ausnahmefall des § 2 Abs. 3 Satz 3 Alg II-V (Abweichen des vorläufigen und tatsächlichen Durchschnittseinkommens um höchstens 20 EUR) kann das ursprünglich erwartete Durchschnittseinkommen zugrunde gelegt werden.

Soweit in der Rechtsprechung diesbezüglich die gegenteilige Auffassung vertreten wird, dass auf Grundlage von § 2 Abs. 3 Satz 3 Alg II-V bei der abschließenden Leistungsbewilligung sogar stets das tatsächliche Durchschnittseinkommen zugrunde gelegt werden könne (LSG Nordrhein-Westfalen, Urteil vom 31.10.2012 - L 12 AS 691/11; LSG Sachsen-Anhalt, Ur-

teil vom 30.01.2013 - L 5 AS 487/10; SG Halle [Saale], Urteil vom 03.12.2014 - S 24 AS 846/13), findet diese Rechtsprechung weder im Wortlaut des SGB II noch in dem der Alg II-V eine Stütze.

2. Versicherungsbeiträge gemäß § 11b Abs. 1 Nr. 3 SGB 2 sind in dem Monat abzusetzen, in dem sie fällig sind. Das gilt auch dann, wenn die Beiträge für einen längeren Versicherungszeitraum gezahlt werden (z.B. quartalsweise). Für eine gleichmäßige Verteilung auf den längeren Zeitraum existiert keine Rechtsgrundlage.

3. Eine einmalige Einnahme kann nicht auf sechs Monate aufgeteilt werden, wenn der Gesamtbedarf einer Bedarfsgemeinschaft bereits durch laufende Einnahmen i.S.v. § 11 Abs. 2 SGB 2 vollständig gedeckt ist. Es fehlt dann von vornherein an der gemäß § 11 Abs. 3 Satz 3 SGB 2 erforderlichen Kausalität, dass der Leistungsanspruch durch die Berücksichtigung in einem Monat entfiele.

SG Berlin, Urteil vom 23.03.2015, S 197 AS 355/12

Einkünften aus freiwilligem sozialen Jahr

Ein freiwilliges soziales Jahr (FSJ) stellt keine Erwerbstätigkeit dar; die Freibetragsregelung für Erwerbstätige (§ 11b Abs. 3 SGB II) findet auf Einkünfte, die im Rahmen eines FSJ erzielt werden, keine Anwendung.

LSG Niedersachsen-Bremen, Urteil vom 11.03.2015, L 13 AS 10/14



Keine Verrechnung von Einkommen mit Schulden auf Dispokredit

Der Umstand, dass der Zufluss von einmaligem Einkommen auf ein Girokonto erfolgt, das zu diesem Zeitpunkt im Soll ist, ändert an diesem Zufluss nichts. Bei der dadurch erfolgten Schuldentilgung handelt es sich um eine Form der Mittelverwendung.

BSG, Urteil vom 29.04.2015, B 14 AS 10/14 R



Antragsrücknahme wegen Einkommenszufluss

Wird ein Alg II-Antrag wegen des Zuflusses von Überbrückungsgeld nach Haftentlassung für den Tag der Haftentlassung zurückgenommen oder auf den Zeitraum nach dem Tag der Haftentlassung beschränkt, handelt es sich insoweit um eine im Grundsicherungsrecht nicht zulässige einseitige Disposition über die Gestaltung des Sozialrechtsverhältnisses. Sie bewirkt einen nachträglichen Eingriff in die materiell-rechtliche Rechtslage, wie sie sich zu Beginn des durch den Antrag eröffneten Verfahrens darstellt.

Die Bestimmung, ob ein Zufluss materiell-rechtlich als Einkommen oder als Vermögen im Sinne einer Voraussetzung für das Vorliegen von Hilfebedürftigkeit zu werten ist, unterliegt - wenn sich der Antragsteller durch den Antrag in das Regime des SGB II begeben hat - nicht mehr dessen rechtlicher Disposition, zumindest nicht innerhalb des Antragsmonats. Es handelt sich hier bei der „Verschiebung der Wirkung des Antrags“ nicht um eine rechtlich zulässige Gestaltungsmöglichkeit.

**BSG, Urteil vom 24.04.2015,
B 4 AS 22/14 R**



Keine Anrechnung von aufgerechnetem Heizkostenguthaben

Ist ein Heizkostenguthaben aufgrund einer vom Energieversorger erklärten Aufrechnung mit Stromschulden für den Leistungsberechtigten nicht realisierbar, so mindert sich der Bedarf für Unterkunft und Heizung nicht.

**SG Braunschweig, Urteil vom
20.02.2015, S 44 AS 121/14**

Anrechnung einer Erbschaft als Einkommen

1. Bei der Anrechnung von Einkommen aus einer während des laufenden SGB II Leistungsbezugs angefallenen Erbschaft sind die mit der Erzielung des Einkommens verbundenen notwendigen Ausgaben abzusetzen. Hierzu zählen auch die vom Leistungsempfänger getragenen Beerdigungskosten (§ 11b Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 SGB II i.V.m. § 1968 BGB).
2. Bei einmaligem Einkommen beginnt der Verteilzeitraum gem. § 11 Abs. 3 Satz 2 und 3 SGB II auch dann am ersten Tag des auf den Einkommenszufluss folgenden Monats, wenn der Einkommenszufluss dem SGB II Leistungsträger erst so spät bekannt wird, dass eine Berücksichtigung auch im Folge Monat nicht mehr möglich ist (entgegen LSG Baden Württemberg, Urteil vom 25.06.2014, L 2 AS 2373/13; Revision anhängig beim BSG, B 4 AS 32/14 R).
3. Führt die Anrechnung von einmaligem Einkommen zum Wegfall der Hilfebedürftigkeit für den gesamten Verteilzeitraum, sind etwaige nach Ablauf des Verteilzeitraums noch vorhandene finanzielle Mittel für den sich anschließenden neuen Leistungsfall nicht mehr als Einkommen, sondern als Vermögen zu berücksichtigen.
4. Beruft sich ein Antragsteller nach Zufluss von einmaligem Einkommen (hier: Erbschaft) auf fehlende sog. „bereite Mittel“, trägt er selbst die Darlegungs- und Beweislast für den Verbleib bzw. Verbrauch des Einkommens.
5. Die Verwendung eines Teilbetrags von 5.800 EUR aus einer während des laufenden SGB II Leistungsbezugs angefallenen Erbschaft für die Anschaffung von mehreren hundert Blue Ray Filmen bietet Anlass zur Prüfung eines Schadensersatzanspruchs nach § 34 SGB II.
6. Es wird offen gelassen, ob der Rechtsauffassung zu folgen ist, wonach die Rechtsprechung des BSG zur Hilfebedürftigkeit wegen fehlender „bereiter Mittel“ für die seit 01.04.2011 geltende Neufassung des § 11 Abs. 3 Satz 3 SGB II nicht mehr maßgeblich sein soll (vgl. hierzu: LSG Niedersachsen Bremen, Beschluss vom 03.02.2014, L 15 AS 437/13 B).
7. Der im PKH Recht geltende allgemeine Vermögensfreibetrag nach § 115 Abs. 3 Satz 2 ZPO i.V.m. § 90 Abs. 2 Nr. 9 SGB XII beträgt 2.600 EUR.

**LSG Niedersachsen-Bremen,
Beschluss vom 09.02.2015,
L 11 AS 1352/14 B ER**

Wegegeld kein anrechenbares Einkommen

Der Grundfreibetrag des § 11b Abs. 2 Satz 1 SGB II findet keine Anwendung auf Fahrtkostenerstattungen des Arbeitgebers nach § 670 BGB. Aufwendungsersatz gem. § 670 BGB ist kein Einkommen i.S. des § 11 Abs. 1 Satz 1 SGB II.

Im entschiedenen Fall hatte eine Zeitzugzustellerin von ihrem Arbeitgeber einen Fahrtkostenersatz für jeden gefahrenen Kilometer in Höhe von 18 Cent erhalten. Das Gericht vermochte in diesem Einkommen keinen „wertmäßigen

Zuwachs“ erkennen. Die Leistungsrechtinhabende hatte auch keine über die reine Erstattung ihrer Kosten hinausgehende Leistung ihres Arbeitgebers erhalten. Die von dem Arbeitgeber der Klägerin erstatteten 18 Cent je gefahrenen Kilometer liegen unter der nach Bundesreisekostenrecht gewährten Wegstreckenentschädigung gem. § 5 Abs. 1 und 2 BRKG in Höhe von 20 bzw. 30 Cent je Kilometer zurückgelegter Strecke.

**SG Schwerin, Urteil vom
10.03.2015, S 15 AS 1947/13**



Absetzung von nicht monatlich anfallenden Kosten

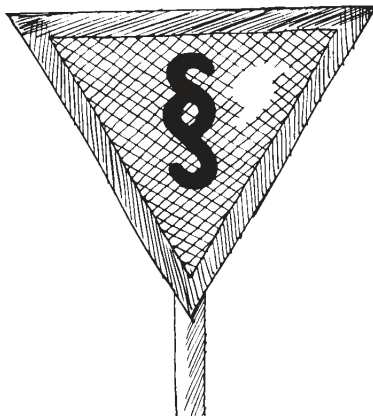
Zu der Rechtsfrage, ob für Kosten, die nicht monatlich anfallen und vom Einkommen abgesetzt werden können, ein Durchschnittseinkommen anzusetzen ist, oder ob die Kosten im Zahlungsmonat in voller Höhe vom Einkommen abgesetzt werden können, gibt es bis jetzt noch keine BSG-Entscheidung.

Das LSG NRW vertritt am Beispiel der vom Einkommen absetzbaren Kosten für eine Kfz-Haftpflichtversicherung die Ansicht, dass ein gleichmäßig auf die Monate zu verteilender Durchschnittswert abzusetzen ist (Urteil vom 11.06.2014, L2 AS 275/14 und L 2 AS 446/14 NZB). Das LSG hat in seiner Entscheidung auch keine Revision zugelassen, weil es die Frage nicht für klärungsbedürftig hält. Es verweist u.a. darauf, dass die vertretene Rechtsauffassung der allgemeinen Ansicht ent-

spricht und das BSG Entscheidungen, bei denen im Rahmen der Einkommensanrechnung für Kfz-Haftpflichtversicherung ein Durchschnittsbetrag angesetzt wurde, nicht beanstandet hat.

Das SG Berlin vertritt jedoch in einem aktuellen Urteil die gegenteilige Position, dass die Kosten im Monat des Abflusses in voller Höhe vom Einkommen abzusetzen sind. Nur dies entspräche der Systematik des Zuflussprinzips bei der Anrechnung von Einkommen. Der Zufluss von Einkommen müsse mit dem Abfluss zulässiger Ausgaben korrespondieren, damit sich der aktuelle Bedarf in der Leistungsberechnung widerspiegelt. Das SG Berlin hat die Berufung zugelassen.

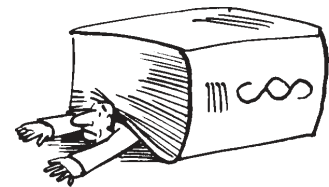
SG Berlin, Urteil vom 23.01.2015, S 37 AS 238/14



Bestandteile des Rückkaufswertes einer Lebensversicherung

Bei der Auszahlung des Rückkaufswertes einer Lebensversicherung handelt es sich um Vermögen. Das gilt auch für Überschussbeteiligung und Bewertungsreserven als Bestandteile des Rückkaufswertes. Weder die Überschussbeteiligung noch die Bewertungsreserven stellen Einkommen i.S.d. SGB II dar.

LSG Thüringen, Urteil vom 13.11.2014, L 9 AS 678/12



Verrechnung von Lebensmittelgutscheinen mit Alg II-Nachzahlung

Bei der Aufhebung von Sanktionen sind gemäß § 31a Abs. 3 SGB II erbrachte Gutscheine („Lebensmittelgutscheine“) als Leistung an Erfüllung statt zu berücksichtigen.

LSG Bayern, Urteil vom 26.11.2014, L 11 AS 654/14

Verfügbarkeit bis Vorlesungs- und nicht bis Semesterbeginn

1. Durch die Immatrikulation entsteht zwischen dem Studenten und der Hochschule ein Rechtsverhältnis, das die Vermutung begründet, der Student könne während seines Studiums keiner beitragspflichtigen Beschäftigung mehr nachgehen (vgl. BSG, Urteil vom 19.03.1998 - B 7 AL 44/97 R; Urteil vom 24.07.1997 - 11 RAr 99/96). Die Immatrikulation wird, unabhängig vom Zeitpunkt der Zulassung, mit Beginn des Semesters, auf das sie bezogen ist, wirksam (§ 3 Abs. 9 Hessische Immatrikulationsverordnung).

2. Die Vermutung kann bei Aufnahme eines Studiums für die Zeit zwischen Semesterbeginn und Vorlesungsbeginn widerlegt werden (ebenso Hessisches LSG, Urteil vom 21.09.2012 - L 7 AL 3/12 ; Urteil vom 26.06.2013 - L 6 AL 186/10).

Im entschiedenen Fall hatte sich eine Arbeitslose aus dem Arbeitslosengeldbezug heraus zum 01.09.2010 (Semesterbeginn) immatrikuliert. Sie

konnte aber nachweisen, dass sie in der Zeit zwischen Semesterbeginn und Vorlesungsbeginn (04.10.2010) keinen Studienanforderungen ausgesetzt gewesen sei und ihr Studium im 1. Fachsemester tatsächlich erst am 04.10.2010 begonnen hatte. Somit habe - so die Richter - die Studentin bis zum 03.10.2010 der Arbeitsvermittlung zur Verfügung gestanden. Die gesetzliche Vermutung sei insoweit widerlegt.

LSG Hessen, Urteil vom 27.02.2015, L 9 AL 148/13

Sanktionen verfassungswidrig

§ 31a i.V. mit § 31 und 31b SGB II sind nicht mit dem Grundgesetz vereinbar.

Nach Auffassung des SG Gotha verstoßen die Sanktionsregelungen im SGB II gegen mehrere verfassungsmäßig garantierte Grundrechte, vor allem mit Art. 1 Abs. 1 Grundgesetz i.V.m. Art. 20 Abs. 1 Grundgesetz - Sozialstaatlichkeit - und dem sich daraus ergebenden Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums. Die Kammer hat darum ein Verfahren dem Bundesverfassungsgericht zur Entscheidung der Frage der Verfassungswidrigkeit der SGB II-Sanktionsregelungen und der darauf beruhenden Sanktionspraxis der Jobcenter vorgelegt.

Das vom Grundgesetz garantierte menschenwürdige Existenzminimum muss durch den Staat jederzeit gewährt werden. Kürzungen des Arbeitslosengeld II-Anspruches (Sanktionen) durch die Jobcenter sind darum verfassungswidrig.

Die Menschenwürdegarantie verlangt eine Sicherstellung des Existenzminimums in jedem Einzelfall. Sanktionen gegen Erwerbsfähige, die zum kompletten Wegfall des Regelbedarfs-Leistungsanspruchs führen können, stehen dem entgegen. Im vorliegenden Fall betrug die Sanktionshöhe 60 %, nachdem das Jobcenter zwei Sanktionen wegen Ablehnung von Arbeitsangeboten verhängt hatte.

SG Gotha, Beschluss vom 26.05.2015, S 15 AS 5157/14

Anm.: Der Beschluss der 15. Kammer des SG Gotha ist bundesweit der erste Vorlagebeschluss an das Bundesverfassungsgericht, in dem die Frage der Verfassungsmäßigkeit der Sanktionsnormen aufgeworfen wird. Wann mit einer Entscheidung des BVerfG zu rechnen ist, ist unklar - erfahrungsgemäß dürfte sich aber um mehrere Jahre handeln.

Der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. hat in einer Pressemitteilung vom 02.06.2015 die Prüfung der Sanktionen in der Grundversicherung für Arbeitsuchende durch das

Bundesverfassungsgericht befürwortet. Auch nach seiner Ansicht sind Teile der Regelungen verfassungsrechtlich bedenklich und führen zu praktischen Problemen für Leistungsbeziehende und in den Jobcentern. Der Deutsche Verein verweist u.a. auf Mietschulden und Wohnungsverlust als mögliche Sanktionsfolgen. Problematisch seien auch Sanktionen gegenüber unter 25-Jährigen, die zur Folge haben können, dass jugendliche Leistungsbeziehende den Kontakt zum Jobcenter abbrechen und letztlich vollständig „entgleiten“. Die Anrufung des Bundesverfassungsgerichts durch das Sozialgericht Gotha eröffnet die Möglichkeit zur Klärung dieser und anderer Regelungen.

Betroffene, die auf den nun fahrenden Zug aufspringen wollen, haben folgende Möglichkeiten:

Wird künftig eine Sanktion verhängt, sollte Widerspruch eingelegt werden, damit der Bescheid nicht bestandskräftig wird. Wird der Widerspruch vom Jobcenter abgelehnt, sollte beim zuständigen Sozialgericht geklagt werden. Im

Verfahren sollte jeweils auf den Vorlagebeschluss des SG Gotha verwiesen werden. Es besteht auch die Möglichkeit, den Widerspruch oder die Klage ruhend zu stellen, bis das BVerfG entschieden hat.

Wurde bereits in der Vergangenheit eine Sanktion ausgesprochen, kann mittels § 44 SGB X ein Überprüfungsantrag gestellt werden, der im Falle einer Ablehnung auch widerspruchs- und im Anschluss klagefähig ist. Wird ein solcher Antrag noch dieses Jahr gestellt, können rückwirkend noch Bescheide aus dem Jahr 2014 angegriffen werden.

Aktuell besteht kein Grund zur Eile, aber die genannten Fristen sind zu beachten und es muss auf jeden Fall vor der Entscheidung des BVerfG gehandelt werden. Hat das BVerfG nämlich erst einmal entschieden, kann ein Überprüfungsantrag (§ 44 SGB X) nicht mehr erfolgreich sein, weil in einem solchen Fall eine Sonderregelung dies verhindert (§ 40 Abs. 2 Nr. 2 SGB II i.V.m. § 330 Abs. 1 SGB III).



Mehrbedarf für Alleinerziehende

Eine Mutter kann auch dann einen Anspruch auf den Alleinerziehendenzuschlag haben, wenn sie erneut verheiratet ist.

Im entschiedenen Fall hatte die Klägerin einen russischen Staatsbürger geheiratet, woraufhin das Jobcenter den Alleinerziehendenzuschlag nicht mehr weiter bewilligte. Im Widerspruchs- und Klageverfahren machte die Klägerin geltend, dass ihr Ehemann sich an der Erziehung ihrer vor der Eheschließung geborenen Tochter ausdrücklich nicht beteilige. Dieser lehne es ab, für seine Stieftochter aufzukommen oder sich auch nur um sie zu kümmern.

Nach Anhörung der Klägerin im Rahmen der mündlichen Verhandlung ist das Sozialgericht zu der Entscheidung gekommen, dass der Klägerin weiterhin der Alleinerziehendenzuschlag zusteht. Zur Überzeugung der Kammer stand fest, dass die Klägerin

sich allein um ihre erstgeborene Tochter gekümmert hat. Insoweit berücksichtigte die Kammer auch, dass der Ehemann der Klägerin kein Deutsch und die Tochter nur wenig Russisch spricht. Eine Verantwortung im Zusammenhang mit der Kindererziehung ließ sich für das Gericht nicht feststellen. Inzwischen ist - auch dies hat die Kammer gewürdigt - der Ehemann der Klägerin zurück nach Russland ausgeweist. Insoweit muss sich die Klägerin nunmehr allein um ihre beiden Töchter und das zwischenzeitlich 2015 geborene Kind kümmern.

Da aufgrund des Streitwertes das Urteil nicht mit der Berufung angefochten werden kann, war nur die Nichtzulassungsbeschwerde als Rechtsmittel möglich. Diese hat das Jobcenter eingelegt. Das Urteil ist daher nicht rechtskräftig.

SG Osnabrück, Urteil vom 28.04.2015, S 31 AS 41/14



Übernahme Krankenbehandlungs- kosten privat Versicherter

Die Übernahme der Kosten von Krankenbehandlungen, die ein Alg II-Berechtigter aufgrund des abgeschlossenen Krankenversicherungstarifs mit Selbstbeteiligung von der privaten Krankenversicherung (PKV) nicht erstattet erhält und selbst zu bezahlen hat, als Zuschuss zu den Beiträgen zur Krankenversicherung nach § 26 Abs. 1 SGB II scheidet aus, weil diese Kosten keine Zahlungen auf Beiträge, sondern solche auf in Rechnung gestellte Krankenbehandlungen sind. Es ist deshalb auch unerheblich, wenn der entrichtete Beitrag zur PKV geringer als der zu zahlende halben Beitrag für den Basistarif der PKV war.

In Betracht kommt jedoch eine Übernahme dieser Kosten als unabweisbarer, laufender, nicht nur einmaliger besonderer Bedarf nach § 21 Abs. 6 SGB II. Ausgehend von der gesetzlichen Konzeption mit dem grundsätzlich zumutbaren Wechsel in den Basistarif der PKV und aufgrund des bloß ergänzenden Charakters des § 21 Abs. 6 SGB VII können solche Kosten aber nicht dauerhaft einen unabweisbaren Bedarf bilden, sondern nur für eine Übergangszeit. Ob und inwieweit das Jobcenter die Klägerin, die bisher privat krankenversichert und unvermittelt auf Alg II angewiesen war, über die Möglichkeit eines Wechsels und die Folgen des Verbleibs in einem Tarif mit Selbstbehalt beraten hat, ist den Feststellungen des LSG nicht zu entnehmen. Solange es an einer Beratung durch das Jobcenter über die Möglichkeit eines Wechsels und die Folgen des Verbleibs in einem Tarif mit Selbstbehalt fehlt oder der Wechsel rechtlich nicht möglich ist, kann ein Anspruch auf Übernahme von Krankenbehandlungskosten im Rahmen von § 21 Abs. 6 SGB II bestehen, soweit Aufwendungen für eine Krankenbehandlung angefallen sind, die in der GKV ebenso hätte beansprucht werden können.

**BSG, Urteil vom 29.04.2015,
B 14 AS 8/14 R**

Darlehen für Schulden nur an volljährige Mitglieder einer BG

Zwar sieht § 42a Abs. 1 Satz 2 SGB II vor, dass Darlehen sowohl an einzelne Mitglieder von Bedarfsgemeinschaften als auch an mehrere gemeinsam vergeben werden können. Hinsichtlich der Auswahl der Darlehensnehmer ist Ermessen auszuüben. Bei einem kompletten Ausfall der Ermessenserwägungen kommt kein „Nachschieben von Ermessenserwägungen“ in Betracht.

Die Einbeziehung eines minderjährigen Antragstellers in die gesamtschuldnerische Haftung ist ermessensfehlerhaft. Denn das BSG hat für Mietschulden bereits entschieden (Urteil vom 18.11.2014 - B 4 AS 3/14 R), dass ein Darlehen für Mietschulden allein der zivilrechtlichen Vertragspartei zu gewähren ist. Das sog. Kopfteilprinzip gilt nicht, um „eine faktische Mithaftung der nicht am Mietvertrag Beteiligten, insbesondere auch der Kinder einer Bedarfsgemeinschaft“ zu verhindern.

So liegt es letztlich auch hinsichtlich Schulden einem Energieversorgungsvertrag. Denn das minderjährige Kind ist zwar Mitglied der Bedarfsgemeinschaft, jedoch nicht Vertragspartner des Energieversorgungsunternehmens.

Das BSG hat bereits entschieden (Urteil vom 18.11.2014 - B 4 AS 3/14 R), dass ein Darlehen für Mietschulden allein der zivilrechtlichen

Vertragspartei zu gewähren ist. Das sog. Kopfteilprinzip gilt nicht, um „eine faktische Mithaftung der nicht am Mietvertrag Beteiligten, insbesondere auch der Kinder einer Bedarfsgemeinschaft“ zu verhindern.

So liegt es letztlich auch hinsichtlich der hier betroffenen Schulden aus dem von der Antragstellerin zu 1. abgeschlossenen Energieversorgungsvertrag. Denn der Antragsteller zu 2. ist zwar Mitglied der Bedarfsgemeinschaft, jedoch nicht Vertragspartner des Energieversorgungsunternehmens.

Hiervon abgesehen ist die Erweiterung der Darlehensgewährung auf - wie hier - minderjährige Mitglieder einer Bedarfsgemeinschaft auch deshalb ermessensfehlerhaft, weil sie den gesetzlichen Minderjährigenschutz umgeht und zudem nicht mit der Konzeption des SGB II, wonach Einkommen des Kindes zuvörderst zur Deckung seines Bedarfs einzusetzen ist, in Einklang zu bringen ist. Auch die fachlichen Hinweise der Bundesagentur für Arbeit gehen im Übrigen davon aus, dass jedenfalls eine Gesamtschuldnerschaft unter Einschluss Minderjähriger zu vermeiden ist (vgl. Fachliche Hinweise, RdNr. 42a.8a).

**LSG Sachsen, Beschluss vom
24.02.2015,
L 2 AS 1444/14 B ER**



Übernahme von Kosten für handschriftliche Bewerbungen

1. Eine Anspruch für die Erstattung von Bewerbungskosten kann neben der Eingliederungsvereinbarung sich auch direkt aus § 16 SGB II i.V.m. § 44 SGB III ergeben.
2. Eine Kostenerstattung kann für handschriftliche Bewerbungen oder Bewerbungen mit - kleineren - Rechtschreibungs- und Grammatikfehlern nicht mit dem Argument

abgelehnt werden, dass solche Bewerbungen nicht zielführend sind. Vielmehr ist auf das jeweilige Tätigkeitsfeld abzustellen.

**SG Berlin, Urteil vom
14.04.2015,
S 43 AS 6331/14**

(<http://snipurl.com/29x9rfh>)



Hundehaftpflichtversicherung vom Einkommen absetzbar

Eine Hundehaftpflichtversicherung als gesetzlich vorgeschriebene Versicherung ist im SGB II vom Einkommen absetzbar.

SG Gelsenkirchen, Urteil vom 07.04.2015, S 31 AS 2407/14

Anmerkung: Bei dieser Entscheidung handelt es sich wohl um die erste gerichtliche Entscheidung zur Frage, ob eine Hundehaftpflichtversicherung vom Einkommen absetzbar ist. Das Gericht hat Berufung zugelassen, weil die Rechtsfrage der Berücksichtigungsfähigkeit einer Hundehalterversicherung als Pflichtversicherung in der Rechtsprechung noch nicht hinreichend geklärt ist.

Betroffene, die sich auf diese Entscheidung beziehen, sollten beachten, dass für die Anwendbarkeit der Entscheidung weitere Voraussetzungen zu erfüllen sind:

Zum einen muss es sich um eine Pflichtversicherung handeln, in dem Sinne, dass sie gesetzlich vorgeschrieben ist (vergleichbar mit der Kfz-Haftpflichtversicherung). Eine Hundehaftpflichtversicherung mag zwar sinnvoll sein, allgemein gesetzlich vorgeschrieben ist sie aber nur in bestimmten Bundesländern.

In manchen Bundesländern besteht überhaupt keine Pflicht oder sie wird abhängig gemacht z.B. von der Größe oder dem Gewicht des Hundes. Eine erste Orientierung und weitere Links gibt es z.B. bei Wikipedia:

<http://snipurl.com/2a03weu>

Weitere Voraussetzung ist zudem, dass anrechenbares Einkommen vorhanden ist. Es ist also keineswegs so, dass das Jobcenter die Kosten für eine Hundehaftpflichtversicherung als Bedarf übernehmen muss. Sie ist vielmehr nur als Pflichtversicherung im Rahmen der Einkommensbereinigung gem. § 11b Abs. 1 Nr. 3 SGB II anzuerkennen! Hierbei ist auch noch zu berücksichtigen, dass im Falle von Erwerbseinkommen der Bruttoverdienst über 400 EUR liegen muss, damit grundsätzlich Werbungskosten, Altersvorsorgebeiträge und eben auch gesetzlich vorgeschriebene Versicherungen absetzbar sind. Im Falle eines Verdienstes von mehr als 400 EUR (brutto) muss schließlich auch noch nachgewiesen werden, dass die Summe der Beträge nach § 11b Abs. 1 S. 1 Nr. 3-5 SGB II (Pflichtversicherungen, Altersvorsorgebeiträge und Werbungskosten) den Betrag von 100,- EUR übersteigen.

KdU nach nicht erforderlichem Umzug

Ihrem Wortlaut nach gilt die Kappungsregelung des § 22 Abs. 1 Satz 2 SGB II grundsätzlich unbegrenzt. Eine zeitliche Beschränkung ist dem Normtext nicht zu entnehmen. Indes begegnet eine zeitlich unbegrenzte und nicht anderweitig kompensierte Unterdeckung des Bedarfs grundrechtlichen Bedenken, wie sie das Bundesverfassungsgericht im Urteil vom 09.02.2010 (1 BvL 1/09, 3/09 und 4/09,) im Hinblick auf das Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums aus Art. 1 Abs. 1 GG i.V.m. dem Sozialstaatsprinzip des Art. 20 Abs. 1 GG ausgeführt hat.

Der Senat hält es für geboten, die abgesenkten KdU-Werte nach Ablauf

eines Jahres seit dem Umzug an die aktuell geltenden Angemessenheitswerte des SGB II-Leistungsträgers anzupassen.

Die Revision war wegen grundsätzlicher Bedeutung zuzulassen. Es ist in der Rechtsprechung des BSG noch nicht geklärt, ob der Anwendungsbereich von § 22 Abs. 1 Satz 2 SGB II zu einer dauerhaften Absenkung führt oder die Begrenzungswirkung mit Zeitablauf entfällt oder zumindest die gedeckelten Beträge zu dynamisieren sind.

LSG Sachsen-Anhalt, Urteile vom 20.11.2014, L 4 AS 166/14 und L 4 AS 777/13

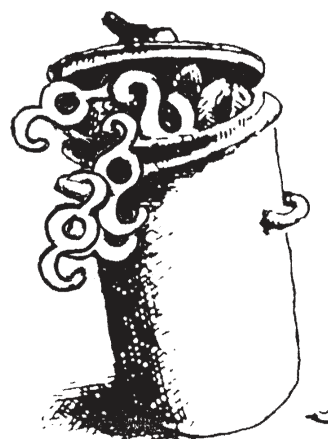
Eilverfahren bei Mietschulden

Zumindest der 6. Senat des LSG NRW hält seine bisherige Rechtsprechung, dass ein für ein Eilverfahren erforderlicher Anordnungsgrund hinsichtlich der Unterkunftskosten regelmäßig erst mit der Erhebung der Räumungsklage zu erheben ist, nicht mehr aufrecht. Die alleinige Fokussierung die Frage der Räumungsklage wird aufgegeben. Denn wenn auch die Zahlung von Unterkunftskosten zur Abwendung der außerordentlichen Kündigung noch nach Erhebung der Räumungsklage möglich ist, gilt dies doch nicht mit vergleichbar zuverlässiger Voraussehbarkeit für die ordentliche Kündigung nach § 573 Abs. 2 Nr. 1 BGB.

Zum Hintergrund: Gemäß BGB ist zur Beendigung eines Mietverhältnisses eine ordentliche Kündigung (§ 573 BGB) oder eine außerordentliche fristlose Kündigung aus wichtigem Grund möglich. Die Regelungen zu einer außerordentlichen fristlosen Kündigung wurden auf Vorschriften (§§ 543, 569 BGB) verteilt:

„§ 573 Ordentliche Kündigung des Vermieters

- (1) Der Vermieter kann nur kündigen, wenn er ein berechtigtes Interesse an der Beendigung des Mietverhältnisses hat. [...]
- (2) Ein berechtigtes Interesse des Vermieters an der Beendigung des Mietverhältnisses liegt insbesondere vor, wenn



1. der Mieter seine vertraglichen Pflichten schuldhaft nicht unerheblich verletzt hat,
[...]

§ 543

Außerordentliche fristlose Kündigung aus wichtigem Grund

- (1) Jede Vertragspartei kann das Mietverhältnis aus wichtigem Grund außerordentlich fristlos kündigen. Ein wichtiger Grund liegt vor, wenn dem Kündigenden unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalls, insbesondere eines Verschuldens der Vertragsparteien, und unter Abwägung der beiderseitigen Interessen die Fortsetzung des Mietverhältnisses bis zum Ablauf der Kündigungsfrist oder bis zur sonstigen Beendigung des Mietverhältnisses nicht zugemutet werden kann.

- (2) Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor, wenn

[...]

3. der Mieter

- a) für zwei aufeinander folgende Termine mit der Entrichtung der Miete oder eines nicht unerheblichen Teils der Miete in Verzug ist oder
- b) in einem Zeitraum, der sich über mehr als zwei Termine erstreckt, mit der Entrichtung der Miete in Höhe eines Betrages in Verzug ist, der die Miete für zwei Monate erreicht.

Im Falle des Satzes 1 Nr. 3 ist die Kündigung ausgeschlossen, wenn der Vermieter vorher befriedigt wird. Sie wird unwirksam, wenn sich der Mieter von seiner Schuld durch Aufrechnung befreien konnte und unverzüglich nach der Kündigung die Aufrechnung erklärt.

[...]

§ 569

Außerordentliche fristlose Kündigung aus wichtigem Grund

[...]

- (3) Ergänzend zu § 543 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 gilt:

[...]

2. Die Kündigung wird auch dann unwirksam, wenn der Vermieter spätestens bis zum Ablauf von zwei Monaten nach Eintritt der Rechtshän-

gigkeit des Räumungsanspruchs hinsichtlich der fälligen Miete und der fälligen Entschädigung nach § 546a Abs. 1 befriedigt wird oder sich eine öffentliche Stelle zur Befriedigung verpflichtet. Dies gilt nicht, wenn der Kündigung vor nicht länger als zwei Jahren bereits eine nach Satz 1 unwirksam gewordene Kündigung vorausgegangen ist.

[...]

Die fristlose Kündigung wegen Zahlungsverzug hat also eine Besonderheit. Eine fristlose Kündigung wegen Zahlungsverzug wird nach § 543 Abs. 2 Nr. 3 BGB unwirksam, wenn der Vermieter spätestens zwei Monate nach Rechtshängigkeit einer wegen der fristlosen Kündigung erhobenen Räumungsklage den Rückstand ausgleicht oder sich eine öffentliche Stelle (z.B. ein Grundschuldungsträger) zur Befriedigung verpflichtet. Wer also eine Räumungsklage auf Grund einer fristlosen Kündigung wegen Zahlungsverzugs erhält, kann anhand des Zustelldatums der Klage ausrechnen, innerhalb welcher „Galgensfrist“ durch Begleichung der Mietschulden die Kündigung bzw. Räumung der Wohnung noch verhindert werden kann.

Nach dem ausdrücklichen Wortlaut der Vorschrift des § 569 Abs. 3 Nr. 2 BGB wird aber nur die außerordentliche Kündigung aus wichtigem Grund rückwirkend unwirksam, wenn der Mieter den Vermieter innerhalb der Schonfrist vollständig befriedigt. Eine entsprechende Regelung oder Verweisung auf die Bestimmungen über die ordentliche Kündigung ist im Gesetzeswortlaut nicht enthalten.

Dass durch die Nachzahlung der Rückstände die ordentliche Kündigung nach § 573 Abs. 2 Nr. 1 BGB nicht unwirksam wird, da §§ 543 Abs. 2 S. 2, 569 Abs. 3 Nr. 2 BGB im Rahmen dieser Kündigung nicht anwendbar ist, hat der BGH auch bereits bestätigt

(Urteil vom 10.10.2012 - VIII ZR 107/12).

Die danach entscheidende Frage, ob der Mieter seine vertraglichen Pflichten schuldhaft nicht unerheblich verletzt hat (§ 573 Abs. 2 Nr. 1 BGB), indem er in einem zur Kündigung berechtigendem Ausmaß mit der Mietzahlung deshalb in Verzug ist, weil die Kosten der Unterkunft nicht (rechtzeitig) vom Jobcenter gezahlt worden sind, wurde in der Vergangenheit in der zivilgerichtlichen Rechtsprechung nicht einheitlich beantwortet. Der BGH hat aber jüngst entschieden, dass ein Vermieter auch dann zur außerordentlichen fristlosen Kündigung berechtigt ist, wenn der Mieter zwar rechtzeitig Sozialleistungen beantragt hat, diese aber nicht rechtzeitig bewilligt wurden. Das Ausbleiben existenznotwendiger Sozialleistungen steht dem Verzug des Vermieters also nicht entgegen (Urteil des BGH vom 04.02.2015, VIII ZR 175/14 - siehe **SOZIAL INFO** 2/2015, S. 9).

Der 6. Senat des LSG erkennt nun an, dass angesichts der regelmäßig kurzen Kündigungsfrist nach § 573c Abs. 1 BGB hier bereits innerhalb weniger Wochen ein Wohnungsverlust droht und vertritt jetzt nun den Standpunkt, „den wesentlichen Nachteil als Anordnungsgrund unabhängig von einem bestimmten Zeit- und Verfahrensfenster unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalls zu beurteilen. Dabei können nicht nur Umstände im Zusammenhang mit dem Verlust der alten Wohnung, sondern auch nicht zuletzt finanzielle Aspekte bei der Beschaffung neuen Wohnraums von Bedeutung sein, wie etwa die allgemeine Situation auf dem örtlichen Wohnungsmarkt, finanzielle Nachteile in Form von Mahnkosten und Zinsen direkt aus dem Mietverhältnis und Versorgungsverträgen, die fortwirkende Störung des Vertrauensverhältnisses bezogen auf das Miet- als Dauerschuldverhältnis, Kosten der (einer) Räumungsklage, Umzugskosten ggfs. Einlagekosten, Verlust von sozialen Bindungen und Vieles mehr.“

LSG NRW, Urteile vom

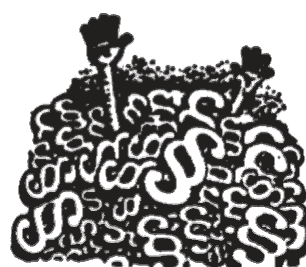
29.01.2015,

L 6 AS 2085/14 B ER und

L 6 AS 2086/14 B und vom

13.05.2015,

L 6 AS 369/15 B ER





Keine Anrechnung von Urlaubsgeld und jährlicher Sonderzahlung auf Mindestlohn

Der Arbeitgeber darf ein zusätzliches Urlaubsgeld und eine jährliche Sonderzahlung nicht auf den gesetzlichen Mindestlohn anrechnen. Eine Änderungskündigung, mit der eine derartige Anrechnung erreicht werden sollte, ist unwirksam.

Im entschiedenen Fall erhielt die Arbeitnehmerin eine Grundvergütung von 6,44 EUR je Stunde zuzüglich Leistungszulage und Schichtzuschlägen. Zusätzlich wurde ein Urlaubsgeld sowie eine nach Dauer der Betriebszugehörigkeit gestaffelte Jahressonderzahlung gezahlt. Die Arbeitgeberin kündigte das Arbeitsverhältnis und bot ihr gleichzeitig an, das Arbeitsverhältnis mit einem Stundenlohn von 8,50 EUR bei Wegfall der Leistungszulage, des zusätzlichen Urlaubsgeldes und der Jahressonderzahlung fortzusetzen.

Das Arbeitsgericht hat die Änderungskündigung für unwirksam gehalten. Der gesetzliche Mindestlohn solle unmittelbar die Arbeitsleistung des Arbeitnehmers entgelten. Der Arbeitgeber dürfe daher Leistungen, die - wie das zusätzliche Urlaubsgeld und die Jahressonderzahlung - nicht diesem Zweck dienten, nicht auf den Mindestlohn anrechnen.

Arbeitsgericht Berlin, Urteil vom 04.03.2015, 54 Ca 14420/14



Kinderzuschlag und Vermögen

Bei der Prüfung der Voraussetzungen des Kinderzuschlags nach § 6a BKGG sind für die Berücksichtigung von Einkommen, wie auch Vermögen, die entsprechenden Regelungen des SGB II heranzuziehen.

BSG, Urteil vom 17.02.2015, B 14 KG 1/14 R

Ablehnung von Beratungshilfe erfordert förmliche Entscheidung

Wird einem Antrag auf anwaltliche Beratung nach dem Beratungshilfegesetz nicht in vollem Umfang entsprochen, muss hierüber grundsätzlich förmlich entschieden werden. Dem Gebot der Rechtsschutzgleichheit aus Art. 3 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 20 Abs. 3 GG genügt es nicht, wenn das Amtsgericht den Beratungshilfeantrag nach Erteilung mündlicher Hinweise durch den Rechtspfleger als erledigt erachtet, obwohl ausdrücklich eine anwaltliche Beratung gewünscht war. Zudem überdehnt die Verweisung auf die Beratungsstelle der Behörde, gegen die Widerspruch eingelegt werden soll, den Begriff der „Zumutbarkeit“ vorrangiger anderer Hilfsmöglichkeiten.

Im entschiedenen Fall wollte sich die Klägerin mit anwaltlicher Hilfe gegen die Ablehnung ihres Antrags auf Erwerbsminderungsrente wehren. Beim für den Beratungshilfeschein zuständigen Amtsgericht war sie vom Rechtspfleger mündlich darauf hingewiesen worden, dass sie Widerspruch bei der Rentenversicherung einlegen oder sich an die Auskunft- und Beratungsstelle der Rentenversicherung wenden könne.

Das BVerfG hat nun entschieden, dass das Amtsgericht den beantragten Berechtigungsschein hätte erteilen müssen. Es durfte nicht davon ausgehen, dass sich das Beratungshilfebegehren aufgrund der Hinweise des Rechtspfle-

gers erledigt hat, da die Beschwerdeführerin ausdrücklich einen Beratungshilfeschein für die Konsultation eines Rechtsanwalts beantragt hatte.

Zudem wird der Verweis auf Selbsthilfe dem Anspruch der Beschwerdeführerin auf Rechtsschutzgleichheit nicht gerecht. Aufgrund des mit der Erinnerung von der Beschwerdeführerin vorgetragenen Sachverhalts war hinreichend deutlich, dass das von ihr beabsichtigte Widerspruchsverfahren tatsächliche und rechtliche Fragen aufwirft, für deren Klärung auch ein kostenbewusster solventer Rechtssuchender einen Rechtsanwalt in Anspruch nähme anstatt selbst Widerspruch zu erheben.

Auch soweit das Amtsgericht es für zumutbar erachtet hat, die Beratungsstelle des Rentenversicherungsträgers in Anspruch zu nehmen, wird die Rechtsschutzgleichheit der Beschwerdeführerin verletzt. Wie das Bundesverfassungsgericht bereits entschieden hat, wird der Begriff der Zumutbarkeit von den Fachgerichten überdehnt, wenn ein Rechtssuchender für das Widerspruchsverfahren zur Beratung an dieselbe Behörde verwiesen wird, gegen die er sich mit dem Widerspruch richtet.

BVerfG, Beschluss vom 29.04.2015, 1 BvR 1849/11

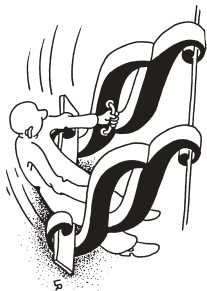




Alg II- Bewilligungsbescheid verbessert

Die seit August 2014 in den Jobcentern sukzessiv eingeführte ALLEGRO-Software produziert bekanntermaßen Bewilligungsbescheide, die anders aufgebaut sind, als die bisher mittels A2LL erstellten Bescheide. Ein besonderes Ärgernis der neuen Bescheidstruktur war bislang der Umstand, dass der der Bedarfsgemeinschaft zustehende Gesamtbetrag nicht mehr auf der ersten Seite der neuen Bewilligungsbescheide ausgewiesen wurde. Er findet sich vielmehr erst auf der letzten Seite des Berechnungsbogens.

Die Bewilligungsbescheide, die seit Ende Mai 2015 mit ALLEGRO erstellt werden, weisen nun wieder bereits auf der ersten Seite den monatlich bewilligten Gesamtbetrag aus.



Online Formulare Alg II in vielen Sprachen erklärt

Die Bundesagentur für Arbeit stellt im Internet eine ganze Sammlung ausfüllbarer Formulare für den Bereich Arbeitslosengeld II zur Verfügung

<http://snipurl.com/2a03sx6>

Innerhalb der Formulare kann man sich bestimmte Fachbegriffe, wie z.B. „Rentenversicherungsnummer“, „Haushaltsgemeinschaft“ oder „Anspruch gegenüber Dritten“ erläutern lassen, und dies nicht nur in Deutsch. Begriffserklärungen gibt es neben Englisch, Türkisch, Russisch, Arabisch, Polnisch, Griechisch, Kroatisch, Spanisch, Serbisch und Italienisch jetzt nun neu auch in Französisch, Portugiesisch, Bulgarisch und Rumänisch.

Empfehlungen des DV zur Übernahme von Miet- und Stromschulden

Der Deutsche Verein hat seine Empfehlungen zur Übernahme von Miet-schulden und Energiekostenrückständen im SGB II und SGB XII veröffentlicht. Mit seinen Praxis-Empfehlungen will der Deutsche Verein die zuständigen Fachkräfte in den Jobcentern und Sozialämtern bzw. in kommunalen Fachstellen der Wohnungsnotfallhilfe dabei unterstützen, in der Einzelfallbearbeitung die einschlägige Anspruchsgrundlage zu finden und Ermessen bei der Gewährung von Hilfen zur Sicherung der Unterkunft sachgerecht auszuüben. Die Empfehlungen sollen den Blick der Fachkräfte für die Gesamtsituation der Leistungsberechtigten schärfen, damit prekäre Situationen frühzeitig erkannt werden. Den Leistungsträgern geben die Empfehlungen darüber hinaus fachliche Anregungen, um insbesondere präventiv tätig sein zu können. Die Empfehlungen sollen einen Beitrag zur Vereinheitlichung der Rechtspraxis leisten und für eine enge Kooperation zwischen den zuständigen Stellen und anderen Beteiligten, z.B. der Schuldnerberatung, werben. Die Empfehlungen beinhalten auch einen Exkurs zum Mietrecht nach dem BGB.

Im Internet findet sich das Dokument unter

<http://snipurl.com/29spupr>



Empfehlungen des DV zur Verbesserung der Erwerbsintegration von Alleinerziehenden

Der Deutsche Verein hat am 11.03.2015 seine Empfehlungen zur Verbesserung der Erwerbsintegration von Alleinerziehenden verabschiedet. In den Empfehlungen wird festgestellt, dass es trotz verschiedenster Bemühungen bisher nicht gelungen ist, den Arbeitsmarktzugang für Alleinerziehende signifikant zu verbessern. Alleinerziehende beziehen überdurchschnittlich lange und überdurchschnittlich häufig Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende und unterliegen einem hohen Armutsrisiko.

Die Leistungsgewährung ist gemäß § 1 Abs. 2 Nr. 3 und 4 SGB II daran auszurichten, dass familienspezifische Verhältnisse berücksichtigt werden und geschlechtsspezifischen Nachteilen von erwerbsfähigen Leistungsberechtigten entgegengewirkt wird. Um dieser Zielvorgabe bei der Leistungsgewährung an alleinerziehende Frauen Rechnung tragen zu können, sind gemeinsame Anstrengungen verschiedener Akteure auf unterschiedlichen Ebenen erforderlich. Der Deutsche Verein weist in seinen Empfehlungen auf Handlungsbedarfe hin und erörtert Besonderheiten, die bei der Förderung Alleinerziehender in der Grundsicherung für Arbeitsuchende zu beachten sind. Die Empfehlungen des Deutschen Vereins richten sich sowohl an die politischen Entscheidungsträger als auch an die mit der Arbeitsmarktintegration befassten Fach- und Führungskräfte.

Im Internet findet sich das Dokument unter

<http://snipurl.com/29spvta>

EuGH Generalanwalt zum Leistungsschluss für Ausländer

Beim EuGH sind mehrere Rechts-sachen anhängig, bei denen von deutschen Gerichten angefragt wurde, ob es mit dem Unionsrecht, speziell mit dem Gleichheitsgrundsatz, vereinbar ist, dass bestimmte Unionsbürger vom Bezug von Sozialleistungen, die in den nationalen Rechtsvorschriften vorgesehen sind, ausgeschlossen werden. Konkret geht es um die Rechtmäßigkeit des Leistungsausschlusses durch § 7 Abs. 1 S. 2 Nr. 1 und 2 SGB II, für

- Ausländer (und ihre Familienangehörigen) für die ersten drei Monate ihres Aufenthalts, wenn sie keine Arbeitnehmer oder Selbständige sind und ihnen die Erwerbstätigeneigenschaft auch nicht erhalten geblieben ist, und
- Ausländer (und ihre Familienangehörigen), wenn sich ihr Aufenthaltsrecht allein aus dem Zweck der Arbeitsuche ergibt.

Der Generalanwalt am EuGH vertritt in seinen Schlussanträgen zu einem aktuellen Verfahren (C-299/14) die Auffassung, dass Unionsbürger, die sich in einen Mitgliedstaat begeben, deren Staatsangehörigkeit sie nicht besitzen, während der ersten drei Monate vom Bezug bestimmter Sozialleistungen ausgeschlossen werden dürfen. Dies sei mit Unionsrecht vereinbar. Nach Ansicht des Generalanwalts steht seine Auslegung im Einklang mit dem Ziel der Erhaltung des finanziellen Gleichgewichts der Systeme der sozialen Sicherheit der Mitgliedstaaten, das mit der Unionsbürgerrichtlinie verfolgt wird. Räume man Unionsbürgern, die nicht verpflichtet sind, über ausreichende Mittel zur Bestreitung des Lebensunterhalts zu verfügen, das Recht auf Sozialhilfeleistungen ein, bestünde die Gefahr, dass dadurch eine Massenzuwanderung ausgelöst wird, die eine unangemessene Inanspruchnahme der nationalen Systeme der sozialen Sicherheit nach sich ziehen könnte.

Der Generalanwalt geht davon aus, dass der EuGH möglicherweise

den nationalen Gerichten die Aufgabe überlässt, die deutschen Grundsicherungsleistungen unionsrechtlich einzustufen. Hierbei geht es um die Frage, ob Alg II eine Sozialhilfeleistung oder eine Leistung zur Integration in den Arbeitsmarkt darstellt. Für den Fall einer Qualifizierung als Leistung, die den Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtern soll, verbieten es seiner Ansicht nach das Unionsrecht und speziell die Arbeitnehmerfreizügigkeit, Angehörige anderer Mitgliedstaaten während der ersten drei Monate ihres Aufenthalts im Hoheitsgebiet des Aufnahmemitgliedstaats von solchen Leistungen auszuschließen, ohne dass den Betroffenen ermöglicht wird, das Bestehen einer tatsächlichen Verbindung mit dem Arbeitsmarkt des Aufnahmemitgliedstaats nachzuweisen. In dieser Hinsicht sind Umstände, die sich aus dem familiären Kontext ergeben (wie die Schulausbildung der Kinder oder enge Bindungen, insbesondere persönlicher Natur, die der Antragsteller zu dem Aufnahmemitgliedstaat aufgebaut hat), ebenso wie die effektive und tatsächliche Beschäftigungssuche während eines angemessenen Zeitraums Umstände, die das Bestehen einer solchen Verbindung mit dem Aufnahmemitgliedstaat belegen können. Eine frühere Erwerbstätigkeit oder auch die Tatsache, dass der Betroffene nach Stellung des Antrags auf Sozialleistungen eine neue Arbeit gefunden hat, wäre zu diesem Zweck ebenfalls zu berücksichtigen.

Die Schlussanträge des Generalanwalts sind für den Gerichtshof nicht bindend. In den meisten Fällen folgt der EuGH jedoch den Schlussanträgen der Generalanwälte. Das Urteil wird zu einem späteren Zeitpunkt verkündet.

Unterkunftskosten bei Auszubildenden

Bernd Eckhardt hat sich in einem neuen Kompendium für die soziale Beratung dem Thema „Unterkunftskosten bei Auszubildenden“ angenommen. Auszubildende können bekanntlich unter bestimmten Voraussetzungen einen Zuschuss zu den ungedeckten Kosten für Unterkunft und Heizung erhalten. Die Feststellung des Anspruchs und die Berechnung der konkreten Anspruchshöhe ist jedoch alles andere als trivial. Manche Auszubildende beziehen ganz normal Alg II und andere sind zwar grundsätzlich vom Alg II-Anspruch ausgeschlossen, können aber unter Umständen besagten Zuschuss zu den KdU und Heizung erhalten. Dabei muss u.a. eine komplette fiktive Bedürftigkeitsprüfung unter Anrechnung von BAB oder BAföG-Leistungen vorgenommen werden, die auch einige Eigenheiten aufweist.

Das 20-seitige Kompendium soll als Hilfe bei der Beratung Auszubildender dienen und behandelt auch die Voraussetzungen des Wohngeldanspruchs für Auszubildende.

Kostenloser Download:

<http://snipurl.com/2a0l199>



„Aufstocker“ überproportional häufig überschuldet

Das Statistische Bundesamt kommt in einer ersten Auswertung der Überschuldungsstatistik (<http://snipurl.com/2a04jf7>) zu dem Ergebnis, dass Aufstocker, d.h. Alg II-Berechtigte, die Alg II ergänzend zu einem nicht ausreichenden Einkommen aus einer nicht-selbstständigen Erwerbstätigkeit erhalten, überproportional häufig überschuldet sind.

Die Datenbasis stammt aus einer Befragung von 395 Schuldnerberatungsstellen, die anonymisierte Daten von rund 103.000 beratenen Personen zur Verfügung gestellt haben. Es zeigte sich zudem, dass die Aufstocker mit durchschnittlich 37.992 EUR Schulden auch höher verschuldet waren als der Durchschnitt der Menschen, die sich beraten ließen (34.504 EUR). Alg II-Berechtigte, die keiner Arbeit nachgehen, waren durchschnittlich mit 22.740 EUR verschuldet.

Immer weniger Selbständige gegen Arbeitslosigkeit versichert

Immer weniger Selbständige sind gegen Arbeitslosigkeit durch das „Versicherungspflichtverhältnis auf Antrag“ (§ 28a SGB III) versichert. Dies ergibt sich aus der Antwort des BMAS auf eine Anfrage von Brigitte Pothmer (MdB/Bündnis 90/Die Grünen). Waren im Jahr 2010 noch rund 260.000 Selbständige im Versichertenbestand, betrug die Zahl Anfang 2015 noch nicht einmal 100.000 Versicherte.

Als Grund für diesen Einbruch der Versichertenzahlen bei den Selbständigen werden die gestiegenen Beitragsätze vermutet. Bis Ende 2010 wurden die Beiträge auf der Grundlage von 25 % der monatlichen Bezugsgröße bemessen. In den nächsten Jahren

wurde der Prozentsatz jedoch auf 50 % (2011) bzw. 100 % (2012) der monatlichen Bezugsgröße angehoben. Der „Beitrag West“ stieg in der Zeit von 2010 bis 2015 immerhin von 17,89 EUR auf 85,05 EUR. In der sog. Startphase, also den ersten beiden Jahren der Aufnahme der selbständigen Tätigkeit, muss allerdings nur der hälftige Beitrag gezahlt werden.

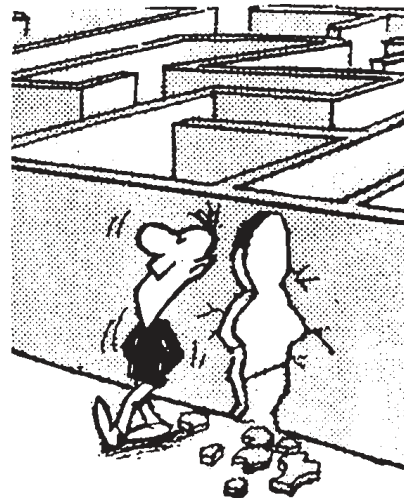
Als Sprecherin für Arbeitsmarktpolitik fordert Frau Pothmer eine Senkung der Beiträge. Auch müsse Existenzgründern eine Antragstellung auch nach 3 Monaten noch möglich sein und die Bemessung des Arbeitslosengeldes im Anschluss an die Selbständigkeit überprüft werden.

Assistierte Ausbildung

Im Zusammenhang mit dem Fünften SGB IV-Änderungsgesetz wurde u.a. auch das SGB III verändert. Als § 130 SGB III wurde, befristet bis zum 30. 09.2018, die sog. „Assistierte Ausbildung“ eingeführt. Im Mittelpunkt der Maßnahme steht die individuelle und kontinuierliche Unterstützung Auszubildender und ihrer Ausbildungsbetriebe während einer betrieblichen Berufsausbildung im Sinne von § 57 Abs. 1 SGB III. Dies greift einen Ansatz auf, der in den letzten Jahren in verschiedenen, unter dem bisher nicht definierten Begriff „Assistierte Ausbildung“ zusammengefassten Modellen einer Auszubildenden und Ausbildungsbetrieb umfassenden Assistenz diskutiert und zum Teil auch bereits erprobt worden

ist. Durch eine intensive und parallele Unterstützung von Auszubildenden und Betrieben sollen die Berufsausbildung begleitet, eine Stabilisierung schwieriger Ausbildungsverhältnisse erreicht und neue Betriebe für die Berufsausbildung benachteiligter junger Menschen gewonnen werden. Sowohl lernbeeinträchtigte junge Menschen als auch sozial benachteiligte junge Menschen können die Assistierte Ausbildung absolvieren.

Durch eine Anpassung der §§ 16, 22 SGB II wurde ermöglicht, die Assistierte Ausbildung nach § 130 SGB III auch für Leistungsberechtigte nach



„Neue Wege gehen.“

dem SGB II vom Träger der Grundsicherung zu erbringen.

In Kraft getreten ist der § 130 SGB II zum 01.05.2015. Die BA hat bereits eine „Arbeitshilfe zur Assistierte Ausbildung (AsA) nach § 130 SGB III“ veröffentlicht:

<http://snipurl.com/29vpj5a>



Rentenerhöhung zum 01.07.2015

Zum 1. Juli 2015 werden die Renten erhöht und zwar um 2,1 Prozent im Westen und 2,5 Prozent im Osten. Der aktuelle Rentenwert (West) steigt von derzeit 28,61 EUR auf 29,21 EUR; der aktuelle Rentenwert (Ost) wird von 26,39 EUR auf 27,05 EUR erhöht.

Basis für die Anpassung der Renten ist die Entwicklung der Bruttolöhne und -gehälter, die im Jahr 2014 gegenüber dem Jahr 2013 um 2,08 Prozent (West) bzw. um 2,5 Prozent (Ost) gestiegen sind. Die Berechnung der Rentenanpassung wird grundsätzlich allerdings auch noch durch weitere Faktoren, wie z.B. den Nachhaltigkeitsfaktor, beeinflusst, durch den das aus auch aus demografischen Gründen ungünstiger werdende Verhältnis von Beitragszahlern und Rentenbeziehern berücksichtigt wird. Diese Faktoren spielen bei der für dieses Jahr beschlossenen Rentenerhöhung aber praktisch kaum eine Rolle.

Höhere Pfändungsfreigrenzen für Arbeitseinkommen ab Juli 2015

Die Höhe der Pfändungsfreigrenzen für Arbeitseinkommen wird jeweils zum 1. Juli eines jeden zweiten Jahres an die Entwicklung des steuerlichen Grundfreibetrages für das sächliche Existenzminimum angepasst. Zuletzt wurden die Pfändungsfreigrenzen zum 01.07.2013 erhöht. Der steuerliche Grundfreibetrag hat sich seit dem letzten Stichtag um 2,76 % erhöht. Hieraus ergibt sich eine Erhöhung der Pfändungsfreigrenzen im gleichen Verhältnis.

Ab dem 01.07.2015 beträgt der monatlich unpfändbare Grundbetrag 1.073,88 EUR (bisher: 1.045,04 EUR). Dieser Betrag erhöht sich, wenn gesetzliche Unterhaltspflichten zu erfüllen sind, um monatlich 404,16 EUR (bisher: 393,30 EUR) für die erste und

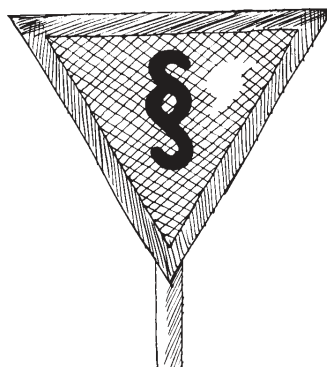
um monatlich jeweils weitere 225,17 EUR (bisher: 219,12 EUR) für die zweite bis fünfte Person. Wenn Schuldner mehr verdienen als den so ermittelten pfändungsfreien Betrag, verbleibt ihnen vom Mehrbetrag bis zu einer Obergrenze ebenfalls ein bestimmter Anteil.

Die genauen Beträge ergeben sich aus der Pfändungsfreigrenzenbekanntmachung 2015:

<http://snipurl.com/29w2xpp>

Weitere Informationen, einen Ausblick auf 2017 und die aktualisierte Pfändungstabelle gibt es auf den Seiten des Infodienst Schuldnerberatung

<http://snipurl.com/29x8iqj>



Neue Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung ab 2016

Die Kassenärztliche Bundesvereinigung und der GKV-Spitzenverband haben eine Änderung der „Vereinbarung über Vordrucke für die vertragsärztliche Versorgung“ vorgenommen. Durch diese Vereinbarung werden die Vordrucke für Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen verändert.

Die Änderungen zielen u.a. darauf ab, aufgetretene Probleme mit dem nahtlosen Nachweis der Arbeitsunfähigkeit und dadurch entstehende Leistungslücken zu beseitigen. Bisher wird die AU-Bescheinigung nach dem Ende der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall durch den Arbeitgeber nicht mehr verwendet. Stattdessen kommen sog. Auszahlungsscheine zum Tragen, mit

denen das Krankengeld ausbezahlt wird. Mit der neuen AU-Bescheinigung werden künftig der Auszahlungsschein und die bisherige AU-Bescheinigung zusammengeführt. Für den Arbeitgeber und den Versicherten sind jeweils Kopien vorgesehen.

Die neuen Bescheinigungen werden ab 2016 eingesetzt. Interessierte können sich hier schon ein Muster ansehen:

<http://snipurl.com/2a0153s>

Die gesamte Vereinbarung hat der GKV-Spitzenverband veröffentlicht:

<http://snipurl.com/2a0158b>



Gesundheitsleistungen für Asylbewerber

Das Asylbewerberleistungsgesetz sieht nur einen eingeschränkten Anspruch auf gesundheitliche Versorgung vor. So müssen Asylbewerberinnen und Asylbewerber in der Regel jede ärztliche Behandlung bei den kommunalen Sozialbehörden erst beantragen. In Bremen und Hamburg wurde aber bereits das „Bremer Modell“ eingeführt, wonach auch Flüchtlinge eine Gesundheitskarte bekommen, mit der sie gleich zu einem Arzt gehen können. Die Krankenkasse übernimmt die Kosten für die Behandlung und erhält diese vom Land erstattet. Für den Verwaltungsaufwand erhält die Kasse eine Pauschale.

In den Flächenländern ist die Einführung einer solchen Regelung zwar auch

oft gewünscht, aber schwieriger umzusetzen, weil jede Kommune einzeln mit den Krankenkassen über eine mögliche Karteneinführung verhandeln müsste. Es gibt daher den Wunsch von vielen Kommunen und Bundesländern, die Gesundheitskarte bundesweit einzuführen.

Aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage verschiedener Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE (BT 18/4566) zu Fragen der Verbesserungen der gesundheitlichen Versorgung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern geht unter anderem hervor, das derzeit gemeinsam mit den Ländern die flächendeckende Einführung einer Gesundheitskarte für Asylbewerberinnen und Asylbewerber geprüft wird. Behandelt wird dabei vor al-

lem die Frage, wie im Rahmen einer Versorgung durch die gesetzlichen Krankenkassen aufgrund einer Vereinbarung nach § 264 Abs. 1 SGB V die schon jetzt mögliche und zum Teil praktizierte Einführung einer Gesundheitskarte für Asylbewerberinnen und Asylbewerber durch mögliche gesetzliche Regelungen erleichtert werden kann. Hierzu sind die Länder um Stellungnahme gebeten worden, ob sie im Rahmen einer Versorgung durch gesetzliche Krankenkassen aufgrund einer solchen Vereinbarung die Einführung einer Gesundheitskarte für die ihnen zugewiesenen Asylbewerberinnen und Asylbewerber wünschen und welche rechtlichen Probleme derzeit aus ihrer Sicht entgegenstehen. Die Prüfung ist aber noch nicht abgeschlossen.

Girokonto für jeden EU-Bürger kommt

Das europäische Parlament hat am 15.04.2014 einen Gesetzentwurf verabschiedet, der allen Personen, die legal in der EU ansässig sind, das Recht einräumt, ein Basis-Girokonto zu eröffnen. Niemandem soll aufgrund seiner Nationalität oder seines Wohnsitzes ein Girokonto verwehrt werden. Das Recht besteht auch wenn Personen keinen festen Wohnsitz haben.

Zwar dürfen Mitgliedsstaaten vorschreiben, dass Verbraucher, die in ihrem Hoheitsgebiet ein solches Konto eröffnen möchten, ihr echtes Interesse daran nachweisen müssen. Diese Regelungen müssen dann aber dem Verbraucherschutz entsprechen und dürfen nicht mit zu großen Schwierigkeiten oder Belastungen verbunden sein.

Das „Basis-Girokonto“ soll Kunden ermöglichen, Geld einzuzahlen, abzuheben und Überweisungen innerhalb der EU vorzunehmen. Dazu gehören auch Zahlungen, die mit Karte oder online getätigt werden. Kunden sollen in der Lage sein, eine unbegrenzte Anzahl solcher Leistungen kostenlos oder gegen eine angemessene Gebühr zu nutzen. Die Mitgliedsstaaten können selbst entscheiden, ob das Basiskonto auch Möglichkeiten zum Überziehen des Kontos bieten soll.

Zusätzlich müssen Gebühren und Konditionen von Girokonten transparent und daher leichter vergleichbar sein. In jedem Mitgliedsstaat muss es mindestens eine unabhängige Internetseite geben, die Gebühren und Zinssätze der Kreditinstitute miteinander vergleicht. Die Banken sollen verpflichtet werden, ihre Kunden darüber zu informieren, dass sie ein Basis-Girokonto anbieten. Verbraucher sollen außerdem einfacher zu einer anderen Bank wechseln können, die bessere Konditionen bietet.

Das Parlament hat darauf bestanden, dass Basis-Girokonten bei einer

ausreichenden Zahl an Banken im jeweiligen EU-Heimatland angeboten werden müssen, um einen leichten Zugang für alle interessierten Verbraucher sowie wettbewerbsorientierte Angebote zu gewährleisten. Die Mitgliedsstaaten müssen gewährleisten, dass die Basiskonten nicht nur von Kreditinstituten angeboten werden, die lediglich Online-Dienste anbieten.

Noch aber ist es nicht so weit. Die neuen Regelungen müssen noch von den Mitgliedsstaaten verabschiedet werden, die dann 24 Monate Zeit haben, um sie in nationales Recht umzusetzen.



Konzepte gegen Langzeitarbeitslosigkeit

Im SOZIAL INFO 4/2014 haben wir über verschiedene Vorschläge zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit berichtet. In einem Pressegespräch wurde am 15.06.2015 ein Sieben-Punkte-Programm der CDU/CSU-Bundestagsfraktion erläutert, mit dem das vorliegende Konzept des BMAS ergänzt werden soll. Darin wird u.a. vorgeschlagen:

- Zielgruppen: Arbeitslose, die älter als 55 Jahre sind, langjährige Bezieher von Hartz IV, Menschen, die seit mindestens drei Jahren arbeitslos sind, und junge Eltern, die seit Jahren von Hartz IV abhängig sind.
- Öffnung der Integrationsbetriebe für Arbeitslose: Bei den Integrationsbetrieben handelt es sich um ein Instrument des SGB IX zur dauerhaften beruflichen Integration behinderter Menschen. Zur Zeit gibt es bundesweit rund 800 Betriebe mit über 22.000 Beschäftigten. Betriebe arbeiten am ersten Arbeitsmarkt, erhalten aber Förderungen, weil sie dauerhaft einen Anteil von 25-50 % der Arbeits-

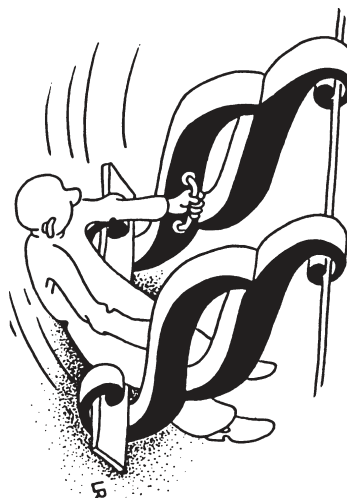
plätze mit Behinderten beschäftigen. Die Betriebe sollen für die Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen zusätzliche Mittel der Arbeitsförderung erhalten.

Alternativ könnten für die Langzeitarbeitslosen, die in ihrer Leistungsfähigkeit erheblich eingeschränkt sind, auch „Sozialunternehmen“ nach dem Vorbild der Integrationsbetriebe geschaffen werden.

- Bei Arbeitsgelegenheiten sollen Kriterien der Zusätzlichkeit und Wettbewerbsneutralität zumindest abgeschwächt werden.

- Bei Bedarf sollen längere Förderketten möglich sein.
- Langzeitarbeitslose, die eine Stelle antreten, sollen von Coaches sozialpädagogisch begleitet werden.
- für junge Menschen, deren Eltern seit Jahren von der Grundsicherung leben sollen „ganzheitliche Hilfsangebote“ aufgelegt werden.

Ein dauerhaft mit öffentlichen Mitteln geförderter sozialer Arbeitsmarkt wird abgelehnt. Alle Kosten des Plans sollen durch Umschichtungen im Förderetat finanziert werden.



Grünbuch Arbeiten 4.0

Mit dem Grünbuch „Arbeiten 4.0“ wirft das Bundesministerium (BMAS) einen Blick auf die Arbeitswelt der Zukunft. Dabei geht es aber nicht nur um den technologischen Wandel, sondern auch um den kulturellen Wandel mit neuen Ansprüchen an die Organisation der Arbeit.

Das Grünbuch „Arbeiten 4.0“ skizziert die großen Herausforderungen und Handlungsfelder der Arbeitswelt im digitalen Zeitalter und dient als Diskussionsgrundlage darüber, wie wir arbeiten wollen und welche Gestaltungschancen es für Unternehmen, Beschäftigte, Sozialpartner und Politik gibt. Der Dialog soll seinen Abschluss Ende 2016 finden mit einem Weißbuch Arbeiten 4.0, das konkrete Handlungsoptionen aufzeigen wird.

Dabei stehen inhaltlich drei zentrale Fragen im Vordergrund:

1. Inwiefern wird die Technik die Arbeit und den Bedarf an Berufen verändern?
2. Wird in der künftigen Arbeitswelt die Arbeit den Takt für die Zeitgestaltung vorgeben und wie können wir Arbeitszeit besser vereinbar machen mit privater Zeit und Zeiten der Weiterbildung?
3. Wie gestalten wir die Soziale Marktwirtschaft von morgen, wenn bunte Erwerbsbiografien und neue Beschäftigungsformen die Absicherung über klassische Sicherungssysteme schwieriger machen?

Der Download ist möglich über

<http://snipurl.com/29vixrc>





Anhörung im Arbeits- und Sozialausschuss des Bundes Experten für Reform der Arbeitsförderung

Die arbeitsmarktpolitischen Instrumente zur Eingliederung insbesondere Langzeitarbeitsloser in den ersten Arbeitsmarkt bedürfen einer Neuausrichtung. Diese Auffassung vertrat eine Mehrheit von Sachverständigen in einer öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Arbeit und Soziales am 18.05.2015. Gegenstand der Anhörung war zum einen das Konzept zum Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS). Darüber hinaus wurden zwei Anträge der Linken (18/3146) und von Bündnis 90/Die Grünen (18/3918) diskutiert. Die Linke plädiert für einen starken öffentlich geförderten Beschäftigungssektor, die Grünen verlangen ebenfalls eine Neuausrichtung der Förderpolitik für Arbeitslose.

Ulrich Walwei vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in Nürnberg (IAB) betonte, die Grundausrichtung des Förderns und Forderns in der deutschen Arbeitsmarktpolitik sei richtig und habe die Zahl der Arbeitslosen deutlich reduziert. Dennoch hielt er eine „Nachjustierung“ für sinnvoll. So müsse das Fallmanagement professioneller werden, um die Balance zwischen Fordern und Fördern zu verbessern. Außerdem plädierte Walwei für ganzheitliche und rechtsübergreifende Lösungen gerade für sehr schwer vermittelbare Arbeitslose. Eine gute Arbeitsmarktpolitik allein kann jedoch nach seiner Auffassung nicht zum Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit beitragen.

Ähnlich argumentierten auch Holger Schäfer vom Institut der deutschen Wirtschaft und Christina Ramb von der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA). Arbeitsmarktpolitik sei keine Lösung, die für sich alleine stehen könne, betonte Schäfer. Verbesserungsbedarf sah er vor allem im Bereich der Aktivierung. Diese funktioniere noch nicht so, wie gedacht. Die zu geringe Kontaktdichte wurde kritisiert. Oft vergingen Monate, bis der Arbeitslose wieder Kontakt mit seinem Betreuer habe. Mit einem öffentlich geförderten Beschäftigungssektor komme man aber auch nicht weiter. Dieser sei nur für bestimmte Zielgruppen und nur in geringem Um-

fang sinnvoll. Einen dritten subventionierten Arbeitsmarkt lehnte Schäfer ab.

BDA-Expertin Ramb bekräftigte ebenfalls, öffentlich geförderte Beschäftigung solle sich auf jene Fälle beschränken, wo es um die Heranführung an Arbeit gehe. Sie forderte eine bessere Bündelung der Aufgaben in den Jobcentern, um die Betreuung der Arbeitslosen zu verbessern.

Der Deutsche Caritasverband unterstützte das Ziel des BMAS, zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit nach differenzierten Lösungen zu suchen, da es sich nicht um eine homogene Gruppe handele. Eine bessere Aktivierung, befristete ESF- und Bundesprogramme sowie eine leichte Änderung bei der Zusatzlichkeit von Arbeitsgelegenheiten werden jedoch seitens des Verbandes nicht als ausreichend angesehen. Die Verbandsvertreterin Birgit Fix forderte, die Instrumente der Arbeitsförderung „dringend“ weiterzuentwickeln. Maßnahmen der öffentlich geförderten Beschäftigung und der Arbeitsförderung müssen besser miteinander verzahnt werden und der Passiv-Aktiv-Transfer sollte erprobt werden. Sowohl der Caritasverband, der Deutsche Landkreistag als auch der AWO-Bundesverband plädierten für eine Abschaffung der 24-Monate-Befristung bei geförderten Arbeitsverhältnissen.

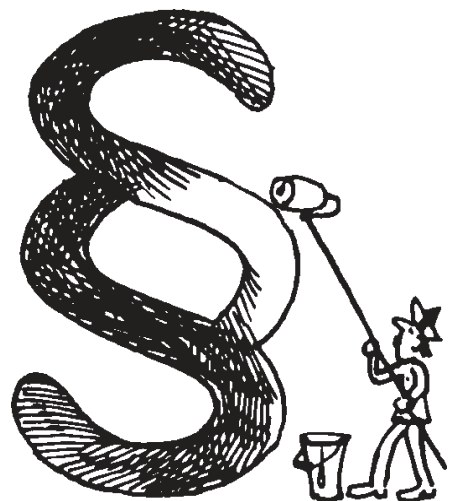
Gerhard Bosch, Professor für Arbeits- und Wirtschaftssoziologie an der Universität Duisburg Essen, sprach sich dafür aus, die Arbeitsmarktpolitik künftig viel stärker an der Fachkräftesicherung auszurichten. Angesichts einer hohen Zahl von geringqualifizierten Arbeitslosen auf der einen und einem Fachkräftemangel auf der anderen Seite sei ein Paradigmenwechsel in der Arbeitsmarktpolitik nötig, der die Qualifizierung der Arbeitslosen in den Vordergrund rücke, mahnte Bosch. Martin Künkler von der Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen forderte, die Integrationsschritte zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt stärker kooperativ auszurichten und die Rechte der Arbeitslosen zu stärken. Auf diese Weise könnten Maßnahmen viel passgenauer entwickelt werden.

Tacheles sorgt für mehr Transparenz bei Sozialbehörden

Der Erwerbslosenverein Tacheles veröffentlicht interne Dienstanweisungen der Wuppertaler Sozialleistungsträger auf seiner Webseite und macht so die Handlungsleitlinien der Behörden transparenter. Aktuell wurden fast 50 neue Weisungen veröffentlicht.

„Wir stellen diese Kampagne zur Transparenz bei der Sozialverwaltung unter das Motto: Nur wer seine Rechte kennt, kann sie wirksam durchsetzen!“ begründet Harald Thomé die Kampagne. Dass die Veröffentlichungen Wirkung zeigen, belegen die häufigen Aufrufe der Website von interessierten Bürgern, sozialen Einrichtungen, anderen Behörden, Anwälten bis hin zu den Gerichten. Langfristiges Ziel der Kampagne ist, die Behörden zu mehr Offenheit zu bewegen. Das Jobcenter Wuppertal ist diesem Ansinnen zumindest teilweise nachgekommen und hat inzwischen selbst einen Teil seiner Verwaltungsrichtlinien veröffentlicht. Die Tacheles Weisungssammlung ist im lokalen Bereich der Webseite zu finden unter:

<http://snipurl.com/29w9aat>



Auf Dauer Hartz IV ? Fast die Hälfte ist länger als 4 Jahre im Leistungsbezug

Das Institut Arbeit und Qualifikation der Universität Duisburg/Essen hat die Grundsicherungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit für das Jahr 2014 ausgewertet und die Ergebnisse auf seiner Homepage veröffentlicht:

<http://snipurl.com/2a0imui>

- Im Juni 2014 bezogen über 6,1 Mio. Personen Leistungen nach dem SGB II. Nahezu die Hälfte dieser Alg II-Beziehenden befanden sich bereits 4 Jahre und länger im Leistungsbezug. Kurz- und mittelfristige Leistungsbezüge sind demgegenüber eher selten: nur 22,4 % erhalten weniger als 1 Jahr Arbeitslosengeld II.
- Besonders ausgeprägt ist der langfristige Leistungsbezug von 4 Jahren und mehr in Ostdeutschland. An der Spitze ist Sachsen-Anhalt mit 53,8 % zu finden. Am niedrigsten liegt die Verweildauer in Bayern mit 36,7 %.
- Die Zusammenhänge zwischen der Verweildauer einerseits und sozial-

ökonomischen Rahmenbedingungen der Bundesländer andererseits liegen deutlich auf der Hand. So fallen in Bayern die Daten über die Lage auf dem Arbeitsmarkt und über die Einkommensverhältnisse besonders günstig aus. Dies macht sich in niedrigen Arbeitslosenquoten, niedrigen SGB II-Empfängerquoten und einem geringeren Langzeitbezug von SGB II-Leistungen bemerkbar.

- In Städten mit einer besonders hohen Arbeitslosigkeit, wie im Ruhrgebiet, fällt die Verweildauer genauso drastisch aus wie in den neuen Bundesländern. So liegt beispielsweise der Anteil der Langzeitbeziehenden der Grundsicherung in Essen (52,5 %), Gelsenkirchen (51,7 %) und Bottrop (50,6 %) deutlich über dem Durchschnitt von Nordrhein-Westfalen mit 46 %.

Hintergrund

Ein hoher Anteil der Bevölkerung ist zur Sicherung des Lebensunterhalts

auf Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) angewiesen. Im Jahresdurchschnitt 2014 sind in Deutschland rund 6,1 Mio. Menschen davon betroffen. Davon gelten 72,0 % oder 4,39 Mio. als (prinzipiell) erwerbsfähig; 28 % der Hilfebedürftigen oder 1,7 Mio. Personen (im Wesentlichen Kinder unter 15 Jahre) sind nicht erwerbsfähig.

Von allen erwerbsfähigen Alg II-Beziehenden sind nur 42,9 % tatsächlich arbeitslos. 57,1 % hingegen suchen aktuell keine Arbeit oder sind nicht als arbeitslos registriert. Hierbei handelt es sich um Personen, die zwar prinzipiell als erwerbsfähig gelten, die aber wegen ihrer spezifischen Lebensumstände, also vor allem wegen eines Schulbesuchs, der Betreuung von Kleinkindern oder der Pflege von Angehörigen, dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen und denen eine Erwerbstätigkeit nicht zugemutet wird oder deren (Teilzeit)Einkommen sehr niedrig ist. Besonders Alleinerziehende und ihre Kinder leben in der Abhängigkeit des Alg II: 39,1 % aller Alleinerziehenden beziehen Arbeitslosengeld II und Sozialgeld für ihre Kinder. Müssen drei und mehr Kinder versorgt werden, steigt die Hilfequote sogar auf 69,9 %

Des Weiteren sind auch Erwerbslose betroffen, die nach Maßgabe des SGB III und SGB II nicht als „arbeitslos“ gelten und von der Arbeitslosenstatistik nicht erfasst werden. Dazu zählen unter anderem Teilnehmende an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen der Grundsicherungsträger und ältere Arbeitnehmer ab 58 Jahren, die innerhalb eines Jahres kein sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis angeboten bekommen haben (Regelung nach §53a SGB II).

Hinzu kommen viele Erwerbstätige mit niedrigen Arbeitsentgelten, die aufstockendes Arbeitslosengeld II erhalten, wenn das Einkommen der Bedarfsgemeinschaft (des Haushalts) unterhalb des im SGB II definierten Existenzminimums liegt. Ihre Zahl wächst kontinuierlich an: Im Jahr 2013 waren gut 1,31 Millionen Personen



(Fortsetzung: Auf Dauer Hartz IV ?)

Kinder- und Familienarmut

Aufstocker. Das entspricht 29,6 % aller erwerbsfähigen Hilfebedürftigen. 2007 lag der Anteil noch bei 23,1 %.

Die langfristige, sich über mehrere Jahre erstreckende Abhängigkeit von Hartz IV weist darauf hin, dass es für einen großen Personenkreis äußerst schwierig ist, den Leistungsbezug durch Erzielung eines ausreichenden Einkommens zu beenden. Im Juni 2014 schafften dies lediglich 3,5 Prozent der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten.

Zudem ist die Rückkehrwahrscheinlichkeit sehr hoch. Von allen Personen, die im Zeitraum Juli 2013 bis Juni 2014 ihre Hilfebedürftigkeit beendeten, bekamen 25 Prozent innerhalb von drei Monaten wieder Leistungen aus der Grundsicherung. Von den zugegangenen Personen bezogen 11 Prozent unmittelbar zuvor Arbeitslosengeld nach dem SGB III. Vor allem Langzeitarbeitslose, und hier insbesondere die Älteren und/oder die Arbeitslosen mit mehrfachen Vermittlungshemmnissen, haben trotz der günstigen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt kaum eine Chance auf eine Eingliederung in ein reguläres Beschäftigungsverhältnis.

Gerade ältere erwerbsfähige Leistungsberechtigte über 55 Jahren müssen zunehmend Grundsicherung in Anspruch nehmen. Ihr Anteil ist seit 2005 bis 2014 von 10,8 % auf 16,9 % gestiegen. Ursächlich dafür dürfte der zunehmend spätere Bezug einer Altersrente sein. Diese älteren Menschen tragen ein erhöhtes Risiko, dauerhaft hilfebedürftig zu bleiben.

Untersuchungen zeigen, dass viele Leistungsberechtigte - aus Unwissenheit, Scham oder anderen Gründen - von ihrem Anspruch auf Grundsicherung keinen Gebrauch machen. Auch wenn viel dafür spricht, dass dieser Dunkelziffereneffekt durch die Einführung des SGB II zurück gegangen ist, so kann immer noch davon ausgegangen werden, dass der Kreis der Menschen, der aufgrund seiner unzureichenden Einkommenslage hilfsbedürftig ist, größer ausfällt, als dies in den Zahlen der Grundsicherungsstatistik zum Ausdruck kommt.

Die Lebensumstände von Kindern in der Grundsicherung wurden in einer aktuellen Studie des Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung im Auftrag der Bertelsmann Stiftung untersucht. Dabei stellt sich heraus, dass in Familien mit SGB-II-Bezug zwar die Versorgung mit elementaren Gütern gewährleistet ist. In anderen Bereichen wurden jedoch Unterversorgungslagen festgestellt. Es fehlt häufiger an ausreichender Winterkleidung, die Wohnungsgrößen sind geringer, der Zustand der Wohnungen ist schlechter als bei einkommensgesicherten Familien. Auf nicht von der Krankenversicherung erstattete Behandlungen muss im Vergleich öfter verzichtet werden.

Jedes fünfte Kind unter 15 Jahren (absolut: 2,1 Millionen Jungen und Mädchen) wächst nach der Studie unterhalb der Armutsgrenze auf, d.h. sie leben in Familien die weniger als 60 % des durchschnittlichen Netto-Einkommens zur Verfügung haben. Davon leben allerdings nur rund 1 Million Kinder in Alg II-Familien - der Rest lebt ohne Alg II, obwohl teilweise sogar Anspruch darauf bestünde. Zudem wachsen weitere rund 480.000 Kinder nur knapp über der Armuts- grenze in Deutschland auf.

Die gravierendsten Unterversorgungslagen von Familien im SGB-II-Bezug wurden jedoch im Bereich der sozialen und kulturellen Teilhabe verzeichnet. Selbst eine jährliche einwöchige Urlaubsreise mit der Familie ist für 76 % der Kinder von Eltern, die Alg II beziehen, nicht machbar. Ähnliches gilt für die Möglichkeit von Besuchen von Kino, Theater, Konzert oder einem Restaurant. 31 % der einkommensschwachen Familien ist es aus finanziellen Gründen nicht möglich, wenigstens einmal im Monat Freunde zum Essen einzuladen. Da zwischen 50 und 60 % der Familien zwei Jahre und länger im SGB-II-Bezug verweilen, wächst ein beträchtlicher Anteil an Kindern über Jahre mit Mangel, Verzicht, fehlenden Freizeitmöglichkeiten sowie sehr eingeschränkten sozialen und kulturellen Aktivitäten auf.

Die Autoren der Studie fordern dazu auf, die Kinder- und Familienarmut wirksamer zu bekämpfen. Das bedeutet, dass die altersgerechten Bedarfe und für eine „echte“ Teilhabe von Kindern notwendigen Güter und Aktivitäten allen Kindern zugestanden und gewährleistet werden - unabhängig von den individuellen und vielfältigen familiären Hintergründen.“

Die Studie ist veröffentlicht unter <http://snipurl.com/29xd6rs>





Rezension:

Albrecht Brühl**Was Jobcenter (sich) leisten
Bescheidfehler und Rechtsschutz**

Unter dem Titel „Was Jobcenter (sich) leisten: Bescheidfehler und Rechtsschutz plus Anhang: Originalfälle mit Kommentar“ hat der Fachhochschulverlag Frankfurt ein Taschenbuch von Albrecht Brühl veröffentlicht. Der Autor, der z.Z. unter anderem als Rechtslehrer mit Befähigung zum Richteramt an der Hochschule Darmstadt tätig ist, ist in der Beratungsszene schon aus der Zeit des BSHG als Kommentator des legendären LPK-BSHG bekannt.

Das Buch richtet sich vor allem an Beraterinnen, Berater und Rechtsbeistände und soll helfen, die Bescheide der Jobcenter zu überprüfen und zeigt die verschiedenen Rechtsschutzmöglichkeiten auf. Dabei werden anhand von zahllosen, aber systematisierten Beispielen typische Bescheidfehler aufgezeigt. Die Fehler werden genau erläutert und sind mit Verweisen auf die Rechtsprechung, vor allem die des BSG, belegt.

Man merkt, dass der Autor Jurist ist, der auch über Praxiserfahrung verfügt. Auf eine gewisse Weise handelt es sich bei dem Taschenbuch um das Gegenstück zum Leitfaden für Arbeitslose. Während der Leitfaden aber mehr aus der Perspektive „Was habe ich für Ansprüche“ geschrieben ist, beantwortet der Brühl die Frage der Leistungsansprüche aus der Perspektive „Wie überprüfe ich einen Bescheid und wie wehre ich mich richtig?“.

Im Anhang sind noch 6 Originalfälle mit entsprechendem Schriftverkehr zwischen Antragsteller, Jobcenter und Sozialgericht dargestellt und vom Autor kommentiert. Für juristisch Interessierte ist allein dieser Teil eine durchaus anregende Lektüre. Ein Stichwortverzeichnis rundet das Werk ab, das für 20 EUR beim Fachhochschulverlag und im Buchhandel erhältlich ist (ISBN: 978-3-943787-13-9).

Dauerbaustelle Sozialstaat - Chronologie gesetzlicher Neuregelungen in der Sozialpolitik 1998 - 2014

Die sozialpolitische Gesetzgebung gleicht einer „Dauerbaustelle“. Vor allem im Bereich des SGB sind Neuregelungen und Veränderungen von Gesetzen die Regel. Ob kleinere Änderungen oder ganze Paradigmenwechsel - selbst Experten fällt es schwer den Überblick zu bewahren.

Prof. Dr. Gerhard Bäcker von der Universität Duisburg und das Team von „sozialpolitik-aktuell“ haben erstmalig alle Änderungen seit 1998, die für die zentralen Bereiche

- ☐ Arbeitsförderung/SGB III
- ☐ Grundsicherung für Arbeitsuchende / SGB II & Sozialhilfe / SGB XII
- ☐ Rentenversicherung & Alterssicherung
- ☐ Krankenversicherung & Gesundheitswesen
- ☐ Pflegeversicherung & Pflege

- ☐ Familienpolitik, Familienleistungsausgleich, Kindergeld, Elterngeld/-zeit

vorgenommen wurden, in einem Dokument zusammengefasst.

Die Gliederung der Broschüre folgt den o.g. Bereichen. Die jeweiligen Neuregelungen gliedern sich nach dem Monat und Jahr der Beschlussfassung. In knapper Form werden die zentralen Inhalte benannt. Durch Links sind in der online-Fassung sogar die Textfassungen der Gesetzentwürfe und Gesetze abrufbar:

<http://snipurl.com/29tcga5>

Wer sich nur für einzelne Chronologien interessiert, kann diese ebenfalls downloaden:

<http://snipurl.com/29tcgoo>

Rezension:

**SGB II/SGB XII
Textausgabe**

Im Boorberg-Verlag ist gerade die 17. Auflage der Textausgabe „Sozialhilfe SGB XII - Grundsicherung für Arbeitsuchende SGB II“ erschienen. Die 186seitige Textausgabe im DIN A5-Format ist auch Dank Dünndruckpapier leicht und handlich. Sie umfasst neben dem reinen Gesetzestext (Stand: 01.01.2015) auch verschiedene Verordnungen, im Bereich des SGB II z.B. die Alg II-V und die Einstiegsgeld-Verordnung. Das Inhaltsverzeichnis ist sowohl nach Paragraphen als auch nach Seitenzahlen gegliedert.

Praktisch sind auch die tabellarischen Übersichten über die Entwicklung der beiden Rechtsbereiche mit Verweisen auf die entsprechenden Verkündungen im Bundesgesetzblatt.

Für alle, die in ihrer Arbeit zum schnellen Nachschlagen lediglich den SGB II bzw. SGB XII-Text in Papierform benötigen, ist die Boorberg-Ausgabe mit einem Preis von 10,80 EUR wohlfeil. Bei Abnahme von 12 oder mehr Exemplaren gibt es zudem ein gestaffeltes Rabattsystem (ISBN 978-3-415-05418-9).



Zugang zum Arbeitsmarkt für geflüchtete Menschen

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge hat auf seiner Homepage kompakte Informationen zu den Zugangsmöglichkeiten von Flüchtlingen zum Arbeitsmarkt zusammengestellt.

<http://snipurl.com/2a04gc7>

IAB-Stellungnahme 1/2015

Verringerung von Langzeitarbeitslosigkeit

Katrin Hohmeyer, Peter Kupka, Thorsten Lietzmann, Christopher Osiander, Joachim Wolff, Cordula Zabel

Das IAB nimmt Stellung zum von der Bundesregierung vorgelegten Konzept zum Abbau der Langzeiterwerbslosigkeit (Ausschussdrucksache 18(11)234) sowie zu den Anträgen der Fraktion Die Linke: ‚Fünf-Punkte-Programm zur Bekämpfung und Vermeidung von Langzeiterwerbslosigkeit‘ (BT-Drucksache 18/3146) und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: ‚Arbeitsförderung neu ausrichten - Nachhaltige Integration und Teilhabe statt Ausgrenzung‘ (BT-Drucksache 18/3918).

Nach einer Bestandsaufnahme der Entwicklung und der strukturellen Zusammensetzung der Langzeitarbeitslosigkeit in Deutschland skizziert das IAB auf Basis wissenschaftlicher Befunde Ansatzpunkte zur Reduzierung der Langzeitarbeitslosigkeit bzw. Förderung von Langzeitarbeitslosen, die in allen drei vorgelegten Programmen eine Rolle spielen: Beratung, Betreuung und Vermittlung; Förderung durch aktive Arbeitsmarktpolitik, insbesondere durch Weiterbildung; Sozialer Arbeitsmarkt.

<http://www.iab.de/1969/section.aspx/Publikation/k150518j0>
oder
<http://tinyurl.com/oaqk9mf>

Inge Hannemann

Die Hartz IV Diktatur

Eine Arbeitsvermittlerin klagt an

Im Mai 2015 erschien dieses rororo Taschenbuch, in dem die ehemalige Arbeitsvermittlerin im Jobcenter Hamburg die menschlichen Tragödien und die Rigidität der dort geltenden Regelungen schildert. Inge Hannemann wirft Fragen auf, warum die Statistik mehr zählt als der Mensch, warum die Leistungsberechtigten zu Bittstellern degradiert wer-

den oder warum sinnlose Fortbildungen zugemutet werden.

Inge Hannemann ging mit ihrem Protest in die Öffentlichkeit und nahm die Wegnahme ihres Arbeitsplatzes in Kauf, um sich nicht selbst zu verbiegen.

Eine mutige und konsequente Frau.



rororo Verlag, 2015
Taschenbuch, 299 Seiten
ISBN 978 3 499 63065 1
Preis: 9,99 EUR

Leitfaden zur Teilzeitberufsausbildung

Die Bundesagentur für Arbeit hat einen Leitfaden „Chancen bieten - Teilzeitberufsausbildung ermöglichen“ erarbeitet. Dabei handelt es sich um einen der sog. Praxisleitfäden, der sich in diesem Fall an Beauftragte für Chancengleichheit am Arbeitsmarkt sowie Fach- und Führungskräfte der Jobcenter und Agenturen für Arbeit richtet. Er ist aber auch für Ausbildungsinteressierte und Berater interessant, weil u.a. aufgezeigt wird, wie eine Ausbildung in Teilzeit funktioniert, welche Fördermöglichkeiten es gibt und welche Vorteile den Ausbildungsbetrieben entstehen.

Der Leitfaden wurde von der BA bisher nicht ins Internet gestellt, findet sich aber u.a. hier:

<http://snipurl.com/2a095b3>



Neues Portal vom BMAS: Armuts- und Reichtums- berichterstattung

Das BMAS hat ein neues Portal veröffentlicht. Unter www.armuts-und-reichtumsbericht.de finden Sie alle aktuellen Daten zur Armuts- und Reichtumsberichterstattung in Deutschland sowie einen Überblick über die verwendeten Messgrößen - die sogenannten Indikatoren.

<http://snipurl.com/2a0isdf>

ArbeitslosenZentrum Düsseldorf 2014: Kompetente Beratung wird stark nachgefragt

Annähernd jede/r dritte Arbeitslose in Düsseldorf ist älter als 50 Jahre (Januar 2015 = 31,8 %) und damit von Langzeitarbeitslosigkeit besonders bedroht oder betroffen.

Im Januar 2015 wurden 11.505 Menschen = 41,3 % als Langzeitarbeitslose registriert. Davon befinden sich 10.625 Personen im Rechtskreis des SGB II - sind also auf Arbeitslosengeld II angewiesen. Im Januar 2015 bezogen insgesamt 63.289 Düsseldorfer/-innen, darunter 17.299 Kinder unter 15 Jahren, in 34.322 Bedarfsgemeinschaften Arbeitslosengeld II/Sozialgeld. Hier ist gegenüber dem Vorjahr eine erneute Zunahme zu verzeichnen - es gibt 234 Bedarfsgemeinschaften mehr (Arbeitsmarktreport für Kreis und kreisfreie Städte, Nürnberg - Düsseldorf, Stadt - Januar 2015).

Zielgruppe unseres Beratungsangebots

Zielgruppe sind Arbeitslose und von Arbeitslosigkeit bedrohte Menschen, insbesondere die Problemgruppen des Arbeitsmarktes wie Langzeitarbeitslose, ältere Arbeitslose (50 +), Geringqualifizierte, Menschen mit Migrationshintergrund, Behinderte (psychisch und physisch eingeschränkte Menschen), Alleinerziehende und Berufsrückkehrerinnen, deren Arbeitslosigkeit stets die Gefahr von Verarmung und Ausgrenzung mit sich bringt. Hinzu kommen verstärkt auch (Teil-)Erwerbstätige, die mit ihrem Erwerbseinkommen das Existenzminimum für sich und ihre Familie nicht sichern können und auf ergänzende SGB II-Leistungen angewiesen sind.

Unser niederschwelliges, auf Freiwilligkeit und Vertraulichkeit basierendes Beratungsangebot ergänzt in wertvoller und überzeugender Weise die örtlichen Strukturen. Wir

- bieten **fachkompetente Beratung** für arbeitssuchende, von Arbeitslosigkeit bedrohte und geringverdienende Düsseldorfer Bürgerinnen und Bürger in allen Problemen rund um die Arbeitslosigkeit und Existenzsicherung.

- unterstützen die **berufliche Orientierung, Stellensuche und Bewerbungsbemühungen** Langzeitarbeitsloser.
- **koordinieren** den Austausch zwischen den Arbeitsloseneinrichtungen der verschiedenen Träger in Düsseldorf und Umgebung und
- halten ein breites **Serviceangebot** für Multiplikator/-innen in der Sozialen Arbeit in Düsseldorf vor.

Unsere Ziele

Wir verfolgen die Stabilisierung und Verbesserung der Lebenssituation der Ratsuchenden durch

- Unterstützung bei ihrer wirtschaftlichen, beruflichen und persönlichen Orientierung und der eigenverantwortlichen Wahrnehmung ihrer Interessen und
- Optimierung des Beratungsangebots für (Langzeit-)Arbeitslose in Düsseldorf



Dazu gehören die

- Unterstützung bei sozialen, rechtlichen, familiären und psychischen Problemen
- Unterstützung der beruflichen Perspektiventwicklung
- Sicherung der materiellen Existenz
- Beratung über Rechte und Pflichten
- Information und Motivation
- seelische Entlastung

ebenso wie die

- Orientierungshilfen bei der beruflichen Perspektiventwicklung und Weiterbildung
- Unterstützung bei Arbeitsuche und Bewerbung
- Unterstützung bei der Suche nach aktiven Bewältigungsmöglichkeiten der Arbeitslosigkeit (Überwindung von Isolation / Vereinsamung)
- Unterstützung bei der Klärung der gesundheitlichen Situation

und die

- Vernetzung und Koordination der Arbeitslosenarbeit in Düsseldorf
- Beratung und Information von Multiplikator/-innen
- Kooperation und Zusammenarbeit mit allen lokalen Akteuren der Arbeitsmarktpolitik
- Einflussnahme auf lokale und regionale Entwicklungen

IMPRESSUM:

SOZIAL INFO 2/2015

Herausgeber:
ArbeitslosenZentrum Düsseldorf
der Zukunftswerkstatt Düsseldorf GmbH
Bolker Str. 14/16, 40213 Düsseldorf
Tel: 0211 / 828 949 0 Fax: 0211 / 828 949 29

E-Mail: azd@zwd.de
<http://www.zwd.de/azd>

Redaktion und Gestaltung:
Petra Jungen, Jürgen Lies



Namentlich gekennzeichnete Beiträge liegen nicht in der Verantwortung der Redaktion.

Erscheinungsweise: 4 mal jährlich
Preis: 20,- € incl. Porto/Verpackung/MwST
Bankverbindung: Stadtparkasse Düsseldorf,
IBAN: DE19 3005 0110 0014 0071 57,
BIC: DUSSDE33

Druck: Ordensgemeinschaft - Beschäftigungshilfe
Tel.: 0211 / 44 93 98 70

Das „ArbeitslosenZentrum Düsseldorf der Zukunftswerkstatt Düsseldorf GmbH“ wird gefördert vom Amt für Soziale Sicherung und Integration



Mit finanzieller Unterstützung des Landes Nordrhein-Westfalen und des Europäischen Sozialfonds



Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen



(Fortsetzung: Kompetente Beratung wird stark nachgefragt)

Anhaltend hoher Unterstützungsbedarf / Trends

Der Anteil derer, die in unserer all-jährlichen Befragung bestätigen, nach der erhaltenen Beratung nun ihre Angelegenheiten wieder eigenständig weiterverfolgen zu können, ist im Unterschied zum Vorjahr erfreulicherweise um 6 % auf 61 % gestiegen. Dennoch ist erkennbar, dass vor der Einführung des SGB II im Jahr 2005 deutlich mehr Menschen die selbständige Weiterverfolgung ihrer Klärungsbedarfe bestätigten, nämlich über 80 % der Befragten.

Als ursächlich für diese eher kritische Entwicklung werden folgende Aspekte gesehen:

- Die hohe Zahl derjenigen, die im langfristigen Alg-II-Leistungsbezug sind, führt zu einem zunehmenden Anteil an Mehrfachberatungen aufgrund hoher Verunsicherung und dauerhafter Sorge um das Existenzminimum. Angst, Fehler im Kontakt zu den Behörden zu machen, die sich leistungsrechtlich auswirken, beeinträchtigt das Selbstbewusstsein und die Handlungsfähigkeit vieler Ratsuchender.
- Existenzielle Fragen mit der Folge hoher nervlicher Belastungen bilden zunehmend den Kern der Beratung. Hier trägt unsere vertrauensvolle, deeskalierende und sachliche Klärung im Beratungsgespräch verstärkt zu einer konstruktiven Kommunikation mit den beteiligten Institutionen bei.
- 45 % der Ratsuchenden im AZD haben einen Migrationshintergrund - davon annähernd jede/r Zweite mit Sprachproblemen - und benötigen wiederkehrend Hilfe beim Verständnis der umfangreichen Anträge und Bescheide sowie der oft nicht nachvollziehbaren Verfahrensweisen der Behörden/Institutionen.
- Die Umsetzung des SGB II, basierend auf einer differenzierten Bedürftigkeitsprüfung mit arbeitsaufwändigen centgenauen Berechnungen des Leistungsanspruchs im Bewilligungsverfahren und einer häufig

monatlichen Nachberechnung des tatsächlichen Anspruchs mit daraus resultierenden Anhörungs-, Rückforderungs- und Erstattungsverfahren trägt dazu bei, dass sich Ratsuchende verstärkt mit diesen belastenden und kaum nachvollziehbaren Bescheiden befassen müssen - zu Lasten der Energie, die zur Entwicklung einer Zukunftsperspektive erforderlich ist.

- Darüber hinaus wird mehr psychosoziale Beratung erforderlich.

Die hohe Abhängigkeit von Sozialleistungen und die o.g. Auswirkungen von Langzeitarbeitslosigkeit und dauerhaftem Sozialleistungsbezug behindern in vielfacher Hinsicht das auf dem Arbeitsmarkt geforderte Selbstbewusstsein, die gewünschte Flexibilität und eine erfolgversprechende Souveränität im Kontakt mit den beteiligten Institutionen, aber auch im Bewerbungsgespräch.



AZD-Leistungen 2014 auf einen Blick

- 3.804 Sozial-Beratungsgespräche
- 1.140 PC-Nutzungen für Internet-Stellensuche und Bewerbung
- 1.078 Antragsprüfungen Düssel-Pass
- 1.049 beratungsbezogene Recherchen, Telefonate, Schriftwechsel
- 534 Mal persönliche Bewerbungsassistenz für 302 Personen
- 189 Ausstellungen Arbeitslosen-Pass
- 24 Merkblätter (Selbstinformationssystem)
- 2 Gruppenberatungen (23 TN)

Leistungen für Multiplikator/-innen:

- 143 Beratungen für Multiplikator/-innen
- 4 Zeitungs Ausgaben SOZIAL INFO
- 4 Übersichten zu
 - Lebensmittelausgabestellen,
 - Fort- und Weiterbildungsträgern in Düsseldorf und Umgebung
 - Förderprogrammen nach dem SGB II / SGB III
 - Gesundheitsförderangeboten in Düsseldorf
- 2 Koordinationstreffen EBS / Alz in Koop. mit der Regionalagentur Düsseldorf/Kreis Mettmann
- 1 Info-Veranstaltung zum SGB II im Jobcenter Düsseldorf (27 TN)
- 1 Neuauflage des Beratungsstellen-Wegweisers 2014 „Der Beste Weg“ (Adressverzeichnis soz. Einrichtungen in D'dorf)



DRK Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer

In der neuen Heimat Deutschland scheint alles anders zu sein: die Menschen, die Sprache, die Kultur und ganz viel Papier. Die Zukunft ist ungewiss und es stellen sich Tausende Fragen: Wo kann ich mich anmelden? Wo finde ich eine KiTa oder Schule für meine Kinder? Wie sichere ich die Existenz meiner Familie? Wie kann ich am schnellsten die deutsche Sprache lernen? Was brauche ich, um in Deutschland arbeiten zu können? Was sind meine Rechte und Pflichten? Und, und, und...

Wenn Sie neu in Deutschland sind oder bereits hier länger leben und sich ähnliche Fragen stellen. Wenn Sie anerkannter Flüchtling sind oder einen anderen Aufenthaltsstatus erhalten haben. Wenn Sie aus einem EU-Staat kommen oder Sie sind Spätaussiedler.

Dann ist die DRK-Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer die richtige Adresse für Sie und Ihre Familienangehörige.

Suchen Sie am besten direkt nach der Einreise die Beratungsstelle auf und Sie erhalten dort die ersten Orientierungshilfen in der neuen Heimat Düsseldorf. Informieren Sie sich in dem ersten Gespräch über die Anmeldung in der Stadt und bei der Ausländerbehörde, über die Beantragung von Leistungen, über den Zugang zu Integrationskursen und über die Anmeldung Ihrer Kinder in Schule und Kindergarten.

In weiteren Beratungsgesprächen planen wir mit Ihnen gemeinsam und individuell die weiteren Schritte zur Erreichung Ihrer Ziele in Deutschland.

- Wir klären mit Ihnen die Voraussetzungen für die Teilnahme an einem Integrationskurs.
- Wir unterstützen Sie bei der Sicherung der Kinderbetreuung.
- Nach dem Abschluss des Integrationskurses informieren wir Sie über weitere Maßnahmen, um Ihre Sprachkenntnisse zu verbessern.
- Wir helfen bei der Anerkennung Ihrer ausländischen Zeugnisse und Diplome.
- Sie erhalten Informationen und Hilfestellungen zur beruflichen Integration in Deutschland.

Außerdem können Sie mit uns Ihre persönlichen Anliegen, wie bspw.

- finanzielle und materielle Notlage
- (psychische) Gesundheit
- Familiensituation
- Wohnsituation
- Freizeitgestaltung

besprechen.

Wir beraten Sie vertraulich und kostenlos.



DRK Kreisverband Düsseldorf e.V.

Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer

Frau Himmelspach Tel.: 0211 22 99 5852
Frau Krupp Frau Marusco Tel.: 0211 22 99 5850

Sternstr. 9 -11
40479 Düsseldorf